Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat August 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. — **Montag, den 4. August 1924** — **4. Jahrgang • Nr. 129**

Das Proletariat beherrscht die Straße

Revolutionäre Arbeiter vereiteln die Regierungskundgebung in Berlin — Ueberfüllte internationale Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg im ganzen Reiche — Massenverhaftungen in Hamburg

Alle bürgerlichen Parteien, angefangen von den Deutschvölkischen bis zu den Sozialdemokraten, wollten den gestrigen Sonntag unter dem Deckmantel einer Gefallenenehrung zu einer nationalistischen Demonstration machen. Es ihnen nicht gelungen. Das revolutionäre Proletariat Deutschlands beherrschte gestern die Straßen und machte die von der Regierung angesetzten Kundgebungen zunichte. Das Proletariat hat seine Macht gezeigt und seinen unerschütterlichen Willen, einen neuen imperialistischen Krieg unter Führung der Kommunistischen Partei mit dem Bürgerkrieg zu beantworten, kundgetan. Im ganzen Reiche marschierten die Arbeiter auf, folgten dem Rufe des Internationalen Bundes der Kriegsopfer und der Kommunistischen Partei. Ueberall waren die Versammlungen überfüllt.

Das Proletariat trat gestern auf den Plan. Als bei der Regierungskundgebung vor dem Reichstag in Berlin Fritz Ebert die Rednertribüne betrat, wurde er mit Hoch- und Heilrufen begrüßt. Aber auch die Stimme des revolutionären Berliner Proletariats klang ihm entgegen. Und als Ebert dann erzählte, daß Deutschland nur zur Verteidigung der bedrohten deutschen Heimat vor zehn Jahren zu den Waffen gegriffen hatte, da waren die Leute um die Deutschvölkischen herum mit diesem Reichspräsidenten äußerst zufrieden. Die Arbeiterschaft gab ihm die Quittung, denn als Punkt 12 Uhr die, zweiminutige Pause aller Verkehrsmittel eintrat, da ertönte laut und machtvoll aus Tausenden von Proletarierkehlen die Internationale. Das war die Antwort der Arbeiter auf das Verbot der Demonstrationen. Die Kundgebung war so machtvoll, daß schon nach einer halben Minute die Reichswehrkapelle die neue Nationalhymne „Deutschland, Deutschland über alles" spielen mußte. Doch trotz der Musik der Regimentskapelle, trotz des Geschreies der Bier- und Weinkehlen der „Festteilnehmer" konnte die Stimme des revolutionären Proletariats nicht zum Schweigen gebracht werden.

Wie in Berlin, so war es in vielen anderen Städten. Unzweideutig hat das deutsche Proletariat der Bourgeoisie gezeigt, daß es in Stunden der Gefahr auf den Plan tritt und daß es auch versteht, seine Macht anzuwenden. Der gestrige Sonntag war ein Menetekel für Bourgeoisie und Regierung.

Die Regierung wird die revolutionären Demonstrationen des gestrigen Tages mit neuen Verfolgungen der Kommunistischen Partei beantworten. Wenn auch Severing in seinem Interview dem Redakteur des „Berliner Tageblattes" gegenüber erklärte, daß die Kommunistische Partei im Zerfallen ist, so hat erstens der gestrige Sonntag das Gegenteil bewiesen und zweitens wissen wir, daß durch solche Gerüchte nur die neuen Verfolgungen des revolutionären Proletariats verdeckt werden sollen.

Das deutsche Proletariat geht neuen großen Kämpfen entgegen. In London wie in Berlin werden die neuen Fesseln geschmiedet. Wir gehen einem Hungerwinter, wie ihn das deutsche Proletariat noch nicht gekannt hat, entgegen. Es gilt, für die Abwehr der Verschlechterungen und Lasten, die dem Proletariat durch die Annahme und Durchführung des Sachverständigengutachtens drohen, zu rüsten. Der gestrige Sonntag hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß das Proletariat in den Stunden der Gefahr aufmarschieren kann. So wie es gestern gegen den neuen imperialistischen, für den Bürgerkrieg, demonstriert hat, so wird es noch machtvoller, noch geschlossener den Kampf gegen das Sachverständigengutachten durchführen.

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. August.**

Die nationalistische Kundgebung vor dem Reichstag wurde durch die Kommunisten empfindlich gestört. Die bürgerlichen Blätter bringen heute an der Spitze überall Artikel: „Kommunistische Störungen der Gedenkfeiern". Fritz Ebert sprach und forderte alle deutschen Männer und alle deutschen Frauen auf, für das neue freie Deutschland zu kämpfen. Als die zwei Minuten Andachtspause einsetzte, ertönte von allen Seiten der Gesang der „Internationale". Flugblätter der Kommunistischen Partei wurden unter die Massen geworfen. Aus Wut über die kommunistische Demonstration wurde nach einer halben Minute die Andachtspause unterbrochen. Die Reichswehrkapelle spielte „Deutschland, Deutschland über alles", doch die „Internationale" übertönte sie. Schupo und Bürgerliche gingen brutal gegen Arbeiter vor, soweit sie auf einzelne Arbeiter stießen. Einzelne Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Verhafteten wurden von Schupo und Zivilpublikum brutal mißhandelt.

(Eig. Drahtm.) **Dresden, 4. August.**

Die nationalistischen Gedenkfeiern wurden durch Kommunisten gestört. Während der Andachtspause wurde die „Internationale" angestimmt. Der Gesang konnte trotz Schutzpolizei nicht unterdrückt werden. Erst als die Schupo ungeheure Verstärkung erhielt, konnten Demonstrationen [illegible]

(Eig. Drahtm.) **Hamburg, 4. August.**

In Hamburg wurde in letzter Stunde auch die Kundgebung im geschlossenen Raum verboten. Die Zustellung des Verbots erfolgte so spät, daß eine Benachrichtigung der Massen nicht mehr erfolgen konnte. So demonstrierte das Hamburger Proletariat. Die Massen zogen durch die Straßen. Während der zwei Minuten Pause und der Stillegung des Verkehrs ging die Schupo mit mehreren Hundertschaften brutal gegen die Straßenpassanten vor. Massenverhaftungen und brutale Mißhandlung der Gefangenen erfolgte.

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf, 4. August.**

In Düsseldorf fand eine Kundgebung in der Turnhalle statt, zu der ungefähr 3000 Mann erschienen waren. Ein Schweizer Genosse schilderte die Lage der Schweiz während des Krieges, ein tschechischer Genosse konnte wegen Paßschwierigkeiten nicht mehr rechtzeitig eintreffen. Außerdem sprach noch ein deutscher Genosse. Die Demonstration war durch die Franzosen verboten.

(Eig. Drahtm.) **Leipzig, 4. August.**

Trotz Verbots der kommunistischen Demonstrationen, trotz Androhung schärfster Polizeirepressalien, trotz Verhinderung des Aufmarsches der Arbeiter sammelten sich gegen mittag die revolutionären Arbeiter Leipzigs auf dem Augustusplatz, wo mehrere Vertreter der Kommunistischen Partei zu ihnen sprachen. Von dort bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationszug, nahezu 12 000 Mann, nach dem Fleischerplatz, wo er sich auflöste. Polizei, die auf Befehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner die Stadt mit Lastautos durchfuhr, hatte am Morgen Verhaftungen und Mißhandlungen vorgenommen. Den Zug selbst wagte sie nicht mehr zu stören.

Während die kommunistische Demonstration verboten und von der Polizei behindert wurde, war auf der anderen Seite die Demonstration des „Stahlhelms" und der faszistischen Organisationen und auch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erlaubt. Außer Verhaftungen und Mißhandlungen haben sich keine weiteren Zwischenfälle ereignet.

(Eig. Drahtm.) **Jena, 4. August.**

In Suhl, Zella-Mehlis und Meiningen fanden große Umzüge statt. Polizei griff nicht ein. In Gera wurde die Demonstration auseinandergetrieben. Trotzdem sammelten sich die Proletarier auf dem Marktplatz und sprengten durch den Gesang der „Internationale" die nationalistischen Gedenkfeiern. In Erfurt wurden die Kundgebungen der KPD. durch ein Massenaufgebot der Schupo überfallen und die Teilnehmer nach Waffen durchsucht. In Jena bildete sich nach der Massenkundgebung zuerst ein großer Demonstrationszug, der sich dann mit Hochrufen und Gesang zusammenschloß. Erst in der Mitte der Stadt traf die Polizei verspätet ein. Es erfolgten keine Zusammenstöße. Weiterhin fanden Demonstrationen in Arnstadt, Ilmenau, Langenwiechen und Gräfenroda statt. In Gotha war eine Massenkundgebung im Garten und Hof des „Bundeshauses".

Kungebungen im Bezirk Halle

Die proletarischen Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg wurden in Halle durch eine Demonstration zahlreicher Arbeiterkinder eingeleitet, die unter den Rufen: „Heil Moskau!" das Innere der Stadt durchzogen. Die Sipo war so erschreckt und verblüfft, daß sie gar nicht daran dachte, ihre Gummiknüppel, zu deren Gebrauch sie sonst allezeit bereit ist, auch hier in Anwendung zu bringen. Am Sonntagnachmittag versammelte sich die revolutionäre Arbeiterschaft im Garten des „Volksparkes", wo Genosse Gilbert, Frankreich, die Grüße der unter dem Vorsitz des kommunistischen Dichters Henry Barbusse stehenden französischen Kriegsopferorganisationen überbrachte. Stehend begrüßten ihn die Versammelten mit dem Gesang der „Internationale". Gen. Gräf, Berlin, vom Internationalen Bund der Kriegsopfer und Gen. Urban, Halle, beleuchteten die politische Weltlage, die katastrophalen Auswirkungen des Sachverständigengutachtens und die drohenden imperialistischen Konflikte, die jederzeit zu einem neuen Krieg führen können, gegen dessen Inszenierung durch die Kapitalisten das Proletariat nur mit dem offenen Aufstand antworten muß. Begeisterter Beifall der Massen bewies ihren Kampfswillen. Zum Abend hatte die Kommunistische Partei eine proletarische Feier veranstaltet, die einen Aufriß der zehn Jahre Krieg gab. In einer Ansprache zog ein Genosse die Bilanz des imperialistischen und des Bürgerkrieges: Wilhelm — Noske — Haarmann, so schließt sich der Ring von 1914 bis 1924. Mit dem Gesang der „Internationale" und dem „Roten Soldatenlied" schloß die Feier, mit der der feste Wille des hallischen Proletariats, für kommende Kämpfe bereit zu sein, zum Ausdruck kam.

X Weißenfels

Der Weißenfelser Ortsausschuß des ADGB. veranstaltete gemeinsam mit der SPD. am 1. August eine Massenversammlung zur zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsausbruches. Der große Saal, Balkon und Galerie des „Volkshaus" waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach dem Eröffnungsgesang der Kommunistischen Jugend „Wir sind die junge Garde" nahm der Genosse Gilbert in französischer Sprache das Wort. Seine Rede, die von der Masse mit der „Internationale" beantwortet wurde, überbrachte Gräf vom Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten. Keiner der vielen anwesenden Gegner wagte sich zum Wort.

Greppin

Hier fand am Freitag, dem 1. August, eine große öffentliche Versammlung im Gasthof Schmidt mit dem Thema: „Nie wieder ein 4. August 1914" statt. Die 400 anwesenden Proletarier und Proletarierinnen folgten den Ausführungen des Genossen Rößling (Halle) mit sehr starkem Beifall.

Der amerikanische Neger und der Weltkrieg

Von Lovett Fort-Whiteman

Als der Weltkrieg im Jahre 1914 ausbrach, entwickelten sich sofort für den Neger vorher nie dagewesene Gelegenheiten zur Betätigung in der Industrie. Damals gab es bloß wenige Neger in der Urproduktion, und die 1 570 000 Neger, die sich damals in den Nordstaaten befanden, wurden in der Hauptsache als Fahrstuhlwärter, Hotelbedienstete und Hausgehilfen verwendet.

Im Gefolge des Krieges dehnte sich die amerikanische Industrie aus, und vom Jahre 1914 an entwickelte sich in den Nordstaaten eine stürmische Nachfrage nach der Arbeitskraft von Negern. Hunderttausende von Negern wanderten aus dem Süden ein und ließen sich in den Städten der Nordstaaten nieder, wo sie in den Fabriken, Bergwerken, Lagerhäusern usw. Beschäftigung fanden. Erst damals wurde der arbeitende Neger ein Element des Konflikts mit den organisierten weißen Arbeitern.

Der Neger war am Kriege nur insoweit interessiert, als er ihm erweiterte Beschäftigungsgelegenheiten in der Industrie brachte. Und er ließ niemals, auch nicht für einen Augenblick, die Tatsache aus den Augen, daß er — das ewige Opfer von Gewalttaten des Pöbels, des Rassenhasses usw. — dazu einberufen war, für eine Regierung Waffen zu tragen, die sich gegenüber seinem ständigen Verlangen nach sozialen Reformen völlig gleichgültig verhielt.

Vierhunderttausend Neger dienten in der amerikanischen Expeditionsarmee. Man könnte fragen, warum es seitens der Neger keine Fälle von körperlichem Widerstand gegen die militärische Aushebung gab. Die Gründe hierfür liegen in folgendem: 1. sind die dreihundert Jahre der Geschichte der Neger in Amerika die Geschichte eines versklavten, unterdrückten Volkes gewesen. Die wahre Mannhaftigkeit und der Widerstandsgeist der Neger hatten erst seit dem Kriege begonnen; 2. bot der Krieg dem Neger bisher seltene Gelegenheiten für das Verausgaben eines großen Teiles seiner aufgestapelten Energien. Der Krieg brachte dem Neger ein großzügigeres Leben und eine Erlösung von dem alltäglichen, eintönigen und gedrückten gesellschaftlichen Dasein, das die Lebensbedingungen dem Neger in Amerika auferlegen. Es muß noch hinzugefügt werden, daß die einflußreichsten kleinbürgerlichen Neger dazu eingefangen worden waren, die Unterstützung des Krieges durch die Neger aus vollem Herzen zu predigen, indem man ihnen einige politische Begünstigungen in Aussicht stellte. Diesen weniger einflußreichen Führern gelang es nach einiger Zeit, große Illusionen unter den Negern zu schaffen, daß der Krieg im Interesse der Ideale der sozialen Demokratie geführt werde und daß dem Siege der Verbündeten die Befreiung und der allgemeine gesellschaftliche Aufschwung der versklavten und unterdrückten Rassen der Erde folgen würde.

Die amerikanische Regierung hat sehr darauf geachtet, dem Neger nicht allzu viel militärische Ausbildung zuteil werden zu lassen. Die feurigsten Gegner der militärischen Ausbildung der Neger sind die Weißen der Südstaaten und ihre Vertreter im Parlament gewesen. Dies zeigte sich besonders in der Zeit des Eintrittes Amerikas in den Krieg, als im Parlament der Gesetzentwurf über die Aushebung für die Armee zur Debatte stand. Parlamentarier aus den Südstaaten wiesen eindringlich auf die Gefahr für die Ueberlegenheit der Weißen im Süden hin, die darin läge, dem Neger die Erfahrungen der modernen Kriegführung und der Disziplin der Organisation zugänglich zu machen.

Es wurde beschlossen, auch die Neger auszuheben; denn sie im Lande zu lassen, bloß um die Industrie mit Arbeitskräften zu versehen, — das hätte die weiße Arbeiterschaft im ganzen Lande von Anfang an in einer derartige Opposition gebracht, daß eine erfolgreiche Fortführung des Krieges durch Amerika unmöglich gewesen wäre. Die Neger verlangten Offiziersschulen, um ihre eigenen Offiziere zu bekommen. Dies wurde bewilligt, jedoch mit einer geschickt eingerichteten Handhabung, die die Neger von höheren Kommandostellen fernhielt. Dies kam auch deutlich zum Ausdruck, als zum Beispiel kurz nach Amerikas Eintritt in den Krieg der einzige Neger, der in der regulären Armee Oberstleutnant war, Charles Young, als „körperlich untauglich" in den Ruhestand versetzt wurde. Um aber keine Zweifelhaftigkeit für den Neger zu [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240804-16/fragment/page=0001

weisen, unternahm er eine Reise zu Pferde, die ihn von seiner Heimatstadt im Staate Ohio bis in die Landeshauptstadt Washington, also über eine Entfernung von fünfhundert englischen Meilen (etwa 800 Kilometer) führte. Dies wurde in weiten Kreisen nur als ein Fall der gepanzerten Politik der Regierung aufgefaßt, die Neger nicht zu höheren Stellen in der Armee zuzulassen.

Als der Negersoldat nach Kriegsende heimkehrte, fand er, daß in seiner gesellschaftlichen Stellung keine Aenderung eingetreten war. Der Gebrauch des Lynchens bestand fort, schwarze Männer waren am Pfahle verbrannt und Negerfrauen von den Händen weißer Pöbelmassen in den Südstaaten aufgehängt worden. Er war im Süden politisch immer unbefreit. Die Grundsätze der strengen Trennung nach Rassen waren unverändert geblieben, und nach wie vor blieben ihm verantwortliche Stellen verschlossen. Bei jedem zurückgekehrten Negersoldaten zeigten sich Enttäuschung und Unzufriedenheit. Eine ausgesprochene Aenderung des Geistes der Massen trat in dem tatkräftigen und mutigen Widerstand zutage, der gegen die Angriffe des Pöbels geleistet wurde, wie zum Beispiel bei den blutigen Zusammenstößen in Washington, Chicago und Longview.

Heute ist es den werktätigen Massen der amerikanischen Neger ganz klar, daß ihre bisher loyale Teilnahme an Amerikas Kriegen ihrer Rasse keinerlei gesellschaftliche Vorteile und Besserung bringt. Seit dem Revolutionskriege von 1776 bis zum Ende des Weltkrieges hat der Neger eine große Rolle in der amerikanischen Kriegsgeschichte gespielt. Und jedesmal ist er nach dem Kriege in das gleiche Uebel zurückgestoßen worden. Die Erkenntnis dieser Tatsache ist heute in dem gesellschaftlichen Empfinden der Neger stark verbreitet. Und sicherlich bilden diese Umstände eine ausgezeichnete Grundlage für kommunistische Propaganda.

Die Kundgebungen im besetzten Gebiet

(Eig. Drahtm.) **Köln, 4. August.**

Im Gegensatz zu den Verordnungen, daß Kundgebungen am 3. August verboten sind, haben verschiedene lokale Besatzungsbehörden Versammlungen in geschlossenen Räumen gestattet.

(Eig. Drahtm.) **Saarbrücken, 4. August.**

Im Saargebiet sind sämtliche öffentliche Veranstaltungen der Kommunistischen Partei verboten.

(Eig. Drahtm.) **Krefeld, 2. August.**

Die belgische Besatzungsbehörde hat sämtliche Anti-Kriegskundgebungen der Kommunisten für den 3. August verboten. Sie gibt an, auf Anweisung der Interalliierten Kommission zu handeln. Macdonald und Herriot verbieten also Kundgebungen gegen den neuen Krieg.

Was hat Deutschland durch den deutsch-russischen Konflikt verloren?

Seit dem frechen Ueberfall der Polizei auf die russische Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin, wurde die Tätigkeit der Handelsvertretung und deren Filialen bekanntlich vollständig eingestellt und nur auf die Abwicklung früher abgeschlossener Geschäfte beschränkt. Eine Reihe von Aufträgen, die ursprünglich für Deutschland bestimmt waren, wurden anderen Ländern erteilt. Das von der Handelsvertretung der Union der Sowjetrepubliken herausgegebene Bulletin registriert allein in den Monaten Mai und Juni 402 solcher Aufträge mit einem Gesamtwerte von 17 400 000 Goldrubeln.

Ebenfalls zurückgegangen ist die Exporttätigkeit der Handelsvertretung, weil das Außenhandelskommissariat die Verfügung getroffen hat, russische Waren und Rohstoffe nach den deutschen Häfen nicht auszuführen. Alle Güter wurden aus Rußland auf russischen oder nicht deutschen Schiffen befördert. Deutsche Schiffe wurden nicht beladen. Die Guthaben der Handelsvertretung wurden nach England, Dänemark und Schweden überführt. Der Verkehr mit den deutschen Banken wurde auf das allernotwendigste beschränkt.

Die Verschiebung der Lebensmittel nach dem Ausland gesetzlich erlaubt

Berlin, 4. August.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat durch den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung die Zollstellen ermächtigen lassen, bis auf weiteres die Ausfuhr von Buchweizen, Hülsenfrüchten aller Art, Futterrüben, Wasser- und sonstigen Feldrüben, Möhren, Grünfutter und Heu aller Art, Melasse, Melasseschnitzel, Rübensaft, Rübensaft, Oelkuchen, Abfällen der Stärkeerzeugung, ausgelaugten Schnitzeln von Zuckerrüben, Malztrebern und Malzkeimen ohne Bewilligung zuzulassen.

*

Die Ausfuhrbewilligung für die Lebens- und Futtermittel soll den Agrariern neue Verdienste in den Rachen werfen. Es ist noch nicht lange her, da schrien die Fettwänste nach der Einfuhr von Futtermitteln. Die Ausfuhr muß eine neue Preissteigerung zur Folge haben. Die Fleischermeister haben bereits eine Fleischpreiserhöhung angekündigt.

Der Zuckerkredit

Die deutsche Zuckerindustrie hat von amerikanischen Kapitalisten einen Kredit erhalten, um die Ausfuhr von 200 000 Tonnen Zucker „zu finanzieren". Was bedeutet dieser Kredit?

Er bedeutet, daß die deutsche Zuckernente, um ein hier falsches Bild zu gebrauchen, auf dem Halm verkauft wird. Er bedeutet, daß die deutschen Unternehmer eines der wichtigsten Nahrungsmittel nach dem Ausland verkaufen.

Dieser Kredit ist ein weiterer Schritt der Kolonialisierung Deutschlands. Es wäre falsch, zu glauben, daß diese Kolonialisierung, die Herrschaft des ausländischen Kapitals über Deutschland, sich lediglich auf die im Dawes-Bericht vorgesehenen Maßnahmen beschränken wird. Der Dawes-Bericht ist nur der Rahmen für das Eindringen des ausländischen, besonders amerikanischen Kapitals in Deutschland. Er liefert den amerikanischen Großkapitalisten die politischen Garantien für die Beherrschung Deutschlands.

Ihr Vormarsch aber spielt sich in den mannigfaltigsten Formen ab. Die Privatkredite, so auch der Zuckerkredit, gehören dazu.

Der Zuckerkredit liefert den Amerikanern die deutsche Zuckerproduktion aus und setzt sie in den Stand, die Preise auf dem Weltmarkt zu diktieren.

Der deutsche Unternehmer, der nicht mehr selbst auf dem Markte auftritt, wird immer mehr auf die Rolle des Schatzmeisters reduziert.

Die Hitler-Putschisten werden belohnt

(Eig. Drahtm.) **München, 4. August.**

Gegen den im Hitler-Prozeß zu drei Monaten Festungshaft verurteilten Oberamtmann Frick ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Das Urteil lautet auf Dienstentlassung mit Pension.

*

So muß es sein in der deutschen Republik. Ein Mann, der in der Verhandlung erklärt, daß er seit fünf Jahren Hochverrat betreibe, bekommt für seinen Hochverrat noch Belohnung in Gestalt einer dicken Pension obendrein. Doch was Ludendorff recht ist, muß einem Frick schließlich billig sein, denn beide sind Hochverräter, nur ist der eine immer „zufällig" dabei. Riesige Renten für Hochverräter; für Kriegsbeschädigte Bettelpfennige, für Arbeitslose den blanken Hunger. Das ist die Republik, von der Hilferding sagt, daß sie die Freiheit ist.

Das Reich darf den Hitler-Putsch bezahlen

(Eig. Drahtm.) **München, 4. August.**

Auf eine Anfrage über die dem bayrischen Staat anläßlich des Hitler-Putsches erwachsenen Kosten teilte das bayrische Finanzministerium mit, daß durch die Alarmierung und Verwendung der Landespolizei und der sonstigen Polizei in den Putschtagen dem bayrischen Staat Kosten von 108 698 Goldmark erwuchsen. Die Kosten der Alarmierung und Verwendung der Reichswehr sind nach Auffassung der Regierung vom Reich zu tragen.

Beamte, aufgepaßt!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. August.**

Der Reichsbahnminister Oeser stellte in einer vor wenigen Tagen stattgefundenen Konferenz der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter, die als freie Gewerkschaft in ihren Satzungen auch den Streik als Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderung aufgeführt hat, die Forderung, daß sie in ihren Statuten einen Satz aufnimmt, der die Beamten dringend belehren soll, daß die **Reichsregierung den Beamten das Streikrecht verlage.** Minister Oeser verlangte ultimativ bis 3. August die bestimmte Zusage, daß diese Satzungsänderung durchgeführt werde, widrigenfalls die Reichsbahndirektion bzw. die Reichsregierung jede Verhandlung mit der Reichsgewerkschaft ablehne. Die Spitzen der Reichsgewerkschaft verhandeln hinter verschlossenen Türen und versuchen eine Hinausschiebung der Galgenfrist zu erreichen.

Fortschreitende Zersetzung bei den Hakenkreuzlern

(Eig. Drahtm.) **Hamburg, 4. August.**

Die Zersetzung bei den Hakenkreuzlern ist hier soweit gediehen, daß es zur offenen Spaltung gekommen ist. Bei den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen werden daher zwei völkische Parteien auftreten.

Zechenverband kündigt Lohnabkommen

(Eig. Drahtm.) **Essen, 4. August.**

Der Zechenverband hat an die vier Bergarbeiterorganisationen folgendes Schreiben gerichtet: „Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen am 28. Juni über die Lohnregelung auf den südlichen Rheinzechen kündigt der Zechenverband die für diese Zeit gültige Lohnordnung für Ende August dieses Jahres."

Aus der Partei

Ausschluß

Das frühere Mitglied Fritz Marx aus Gerresheim ist wegen parteischädigen Verhaltens — Betrug und Spitzelei — aus der Partei ausgeschlossen worden. Derselbe hat sich auf Grund falscher Angaben bei Genossen in Berlin Geld erschwindelt.

Wir fordern alle Genossen auf, dem Marx, wo er sich zeigt, Parteiausweise abzunehmen.

Kommunisten sind Landesverräter

CHO. „Nichts ist, alles fließt!" Diesem Gesetz der Entwicklung ist auch der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik unterworfen. Als eine „Waffe" der Republik gegen die faszistischen Geheim- und Mörderorganisationen von seinen Gesetzgebern gedacht, ist dieser oberste Gerichtshof zu einem terroristischen Tribunal gegen die Mitglieder und Anhänger der Kommunistischen Partei geworden.

Die Geschichte des Staatsgerichtshofes ist ein äußerer Ausdruck, ein Stück der Entwicklung der deutschen Republik. Es gab eine Zeit, in der die Deutschnationalen und ihre robusten Kostgänger, die Nationalsozialisten, unter Führung der bayrischen Regierung gegen dieses Verlegenheitsgebilde des um seinen Thron zitternden Reichspräsidenten Sturm liefen. Diese Zeit ist nun dahin. Wozu auch, ist doch der Staatsgerichtshof zum getreuesten Diener seines Herrn geworden. Der faszistische Vormarsch in Deutschland hat sich alles untertan gemacht. Die Republik und ihre Republikaner, die Demokratie und ihre Parlamente; vom Polizeidiener über den Untersuchungsrichter bis zum Staatsgerichtshof: alle sind offen und entschieden in die Front des Faszismus eingeschwenkt.

Und nun hat diese Republik ihren Staatsgerichtshof. Die Lex-Raithenau, das Republikschutzgesetz, ist offen ins Gegenteil umgeschlagen. Die Illusionen des Kleinbürgertums in der Wirth-Epoche, daß der Feind rechts stehe, sind längst den Weg alles Vergänglichen gegangen. Es war immer so: Die „Republikaner" richten ihr donnerndes Mundwerk gegen den Feind von rechts und ihre Maschinengewehre gegen den Feind von links. Für das gesamte Bürgertum, von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten, gibt es jetzt nur einen Feind und der ist die Arbeiterschaft unter der Führung der Kommunistischen Partei.

Auf Grund des Republikschutzgesetzes wird jetzt in Deutschland der Ebert und Ludendorff die „trockene" Meuchelung der revolutionären Arbeiterschaft vermittels der Klassengerichte durchgeführt. „Im Namen des Volkes" spricht der Staatsgerichtshof Urteile, welche nur der Praxis des Weißen Terrors entsprungen können.

Der Staatsgerichtshof ist ein Sondergericht gegen die KPD., und zwar ein Sondergericht auf Reisen. Dieses Gericht, das eigentlich seinen Sitz in Leipzig hat, wandert nach Bedarf dorthin, wo es die beste Atmosphäre für die rücksichtslosen Urteile zu finden glaubt.

Seine Zusammensetzung besteht aus drei Richtern, welche das Reichsgericht stellt, und sechs Privatpersonen, die vom Reichspräsidenten ernannt werden. Diese Laienrichter werden als Beisitzer vorgeschlagen von den Gewerkschaften und den politischen Parteien. Es ist selbstverständlich, daß keine Kommunisten zu diesen Aemtern berufen wurden, aber namhafte sozialdemokratische Führer können für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, ausschlaggebend die Tendenzurteile des allerhöchsten Ausnahmegerichts gegen die Kommunisten zu beeinflussen.

Der Staatsgerichtshof hat offen die „demokratisch-republikanische" Maske fallen lassen, und ist zum Graisbüter der „nationalen" Interessen, zum faszistischen Organ der kapitalistischen Klasse geworden.

Diese Tendenz offenbart sich besonders kraß im Königsberger Kommunistenprozeß, der zur Verurteilung einer Anzahl Arbeiter zu unerhört hohen Zuchthausstrafen führte.

In der Zeit zwischen dem monarchistischen Putsch in Küstrin und der bewaffneten Umsturzkomödie der Hitler-Ludendorff in München erwürgten die Angeklagten einen faszistischen Gutsbesitzer, in Darkehmen (Ostpreußen). Die Tat der Arbeiter war ein Akt der Sicherung ihres eigenen Lebens gegen die bevorstehenden reaktionären Angriffe. Zwar wurden die Arbeiter sehr bald wieder entwaffnet, zwar begingen sie keine Gewaltenwendungen; es wurde niemand verletzt oder erschossen, wie es beispielsweise in München während des Hitler-Putsches vorkam, aber trotzdem wurden die unglaublichsten Zuchthausurteile gefällt.

Man muß den Charakter dieses Ausnahmegerichts kennen, um das Königsberger Tendenzurteil verstehen zu können. Folgender Vorfall während des Prozesses gibt die beste Illustration:

Die russische kommunistische Jugend hatte den ostpreußischen Jugendgenossen ein rotes Banner mit dem Parteiabzeichen gestiftet. Auf diese Fahne hatte die ostpreußische Jugend ein Gelöbnis abgelegt, nämlich das, der Fahne jederzeit die Treue zu bewahren. Der Vorsitzende des Gerichts fragte deswegen in frecher Weise einen Angeklagten, ob ihnen denn dieser Fetzen so heilig sei?

In der Urteilsbegründung wird als ganz besonders erschwerend der Umstand hingestellt, daß die Angeklagten deutsche Staatsangehörige auf eine russische Fahne verteidigten. Ihre Handlungsweise sei so gemein, daß sie deshalb der Verachtung aller ehrlich und national denkenden Menschen ausgeliefert sind.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik erklärt also, rund und nett, daß er die „nationalen" Belange zu verteidigen habe. Tatsächlich wurde auch in diesem Hochverratsprozeß die genannte Handlung der Angeklagten als „Landesverrat" gezeichnet. Der Landesverrat wird darin erblickt, daß sich die Kommunisten Deutschlands mit den Kommunisten Sowjet-Rußlands verbinden. **Die Kommunistische Partei wird also wegen ihrer internationalen Einstellung des Landesverrats bezichtigt.** Ist das nicht eine probate Lösung der Kommunistengefahr? **Diese Auffassung sollte sich der Staatsgerichtshof in allen kapitalistischen Ländern patentieren lassen. Alle Feinde der Arbeiterklasse in der ganzen Welt, die vom Gespenst des Kommunismus bedroht werden, würden die scheußlichsten Abnehmer dieses Patents des Staatsgerichtshofes werden.**

Der Staatsgerichtshof ist eine ausgesprochene politische Körperschaft, er ist abhängig von den jeweils herrschenden Machtgruppierungen in Deutschland. Der Schleier „Recht" und „Gerechtigkeit" ist längst zerrissen. Nach ausgesprochener politischer Zweckjustiz werden die Prozesse geführt und die Urteile gefällt.

Um dies beweisen zu können, arbeitet das Gericht, das unter dem Vorsitz des Kommunistenfressers Niedner tagt, mit den gemeinsten Mitteln der Lüge und Verleumdung. Nicht nur, daß die völlig unbegründeten und bisher noch nicht nachgewiesenen Verdächtigungen, die Kommunistische Partei arbeite mit Cholerabazillen, dinge Mörder und wie der übrige Tschekaschimmel heißt, als geschichtsbekannt hingestellt wurde — eine Behauptung, die tatsächlich noch keinem deutschen Gericht durch einen Prozeß bekannt und durch ein Urteil erhärtet worden ist — nein, auch die Entlastungszeugen werden dadurch kurzerhand abgetan, daß der Staatsgerichtshof behauptet, Kommunisten müssen auf Parteibefehl sogar vor Gericht unter Eid lügen. Solche unbewiesenen, völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen mußten die Angeklagten, Zeugen und die Verteidigung widerspruchslos hinnehmen, denn der Gerichtsvorsitzende unterband systematisch alle diesbezüglichen Widerlegungen.

Das ist also der Staatsgerichtshof, wie er leibt und lebt. Das ist die Rechtsprechung eines Gerichtshofes, gegen dessen Urteile keine Rechtsmittel eingelegt werden können. Dieser Gerichtshof hat also die Funktion eines Sondergerichts oder eines Standgerichts.

Dies muß man wissen, wenn man die ungeheuren Bluturteile des Staatsgerichtshofes verstehen will. In Königsberg wurden eine ganze Anzahl Kommunisten auf sechs bis sieben Jahre ins Zuchthaus geworfen. Ueber 30 Jahre Zuchthaus verhängte der Staatsgerichtshof gegen sechs Stuttgarter Arbeiter. Zweieinhalb Jahr Gefängnis war die Antwort des Staatsgerichtshofes auf die Rede eines kommunistischen Stadtverordneten, die er bei der Ausübung seines Mandats gehalten hatte. Und die Urteile gegen die monarchistischen Putschisten und faszistischen Hochverräter? — Tor der auf diese Frage eine Antwort verlangt!

Beitritt zur „Roten Hilfe"

(Eig. Drahtm.) **München-Gladbach, 4. August.**

Der Industrieverband, Gruppe Textil, beschloß in der letzten Generalversammlung einstimmig den kooperativen Anschluß an die „Internationale Rote Hilfe".

Kinderspaziergänge verboten

(Eig. Drahtm.) **Kottbus, 4. August.**

Der Polizeiinspektor König von Kottbus, von dem wir schon berichtet hatten, daß er die Haarmann-Flugblätter der KPD. beschlagnahmt hatte, weil sie zum Verbrechen anreizten, hat eine neue Heldentat vollbracht. Der Bund der Freunde der JAH. beabsichtigte, am 10. August ein Kinderfest zu veranstalten. Die Kinder sollten unter Musikbegleitung durch mehrere Straßen nach dem Festplatz marschieren. Der Polizeiinspektor entschied jedoch, dieser Umzug sei nur eine „kommunistische Mache", er verbot deshalb den Spaziergang der Kinder.

Eine unglaubliche Verhaftung

(Eig. Drahtm.) **Kottbus, 4. August.**

In Kottbus wurde der Genosse Berger auf Grund des Republikschutzgesetzes verhaftet. Bei seiner Verhaftung hat er seiner Schwiegermutter einige Schriftstücke gegeben. Deswegen wurde jetzt die 55jährige Frau, die vollständig gelähmt ist, verhaftet. Zwei Kriminalbeamte mußten die Frau ins Gefängnis tragen. Dieser Fall ist unerhört. Die alte Frau ist vollkommen gebrechlich, kann weder lesen noch schreiben, und trotzdem wird sie ins Gefängnis geworfen. Die Willkür der Klassenjustiz ist nicht mehr zu übertreffen.

Peinliche Erinnerung

Die Wiedergabe sozialdemokratischer Pressestimmen aus der Kriegszeit als Verbotsgrund

(Eig. Drahtm.) **Mannheim, 4. August.**

Die „Arbeiter-Zeitung" in Mannheim ist laut Verfügung des Innenministers Remmele bis einschließlich 10. August verboten worden. Eine Begründung des Verbots ist noch nicht erfolgt. Es ist interessant, daß die letzte Nummer der Zeitung eine Seite mit Zitaten aus der sozialdemokratischen Presse während der Kriegszeit gefüllt war. Der sozialdemokratische Innenminister Remmele will durch das Verbot wahrscheinlich verhüten, daß die Zeitung morgen noch einmal das Sündenregister der Sozialdemokraten aus der Kriegszeit aufrollt. Das Verbot ist telegraphisch erfolgt.

„Aachener Arbeiterzeitung" verboten

(Eig. Drahtm.) **Aachen, 4. August.**

Die „Aachener Arbeiterzeitung", das Organ der Kommunistischen Partei im Wurmbergbau ist von der Rheinlandkommission ohne Angabe von Gründen auf vier Wochen verboten.

Das Verbot der „Welttribüne" abgelehnt

(Eig. Drahtm.) **Schwerin, 4. August.**

Herr von Brandenstein hat das Verbot der „Welttribüne", Schwerin, um sechs Tage verkürzt, weil er wahrscheinlich selbst die Unsinnigkeit des Verbotes einsah.

Dafür hat er auf der anderen Seite angeordnet, daß gegen die streikenden Landarbeiter mit allen Machtmitteln des Staates vorgegangen wird. Daß der völkische Ministerpräsident alles tut, um sich die Gunst der Mecklenburger Junker zu erhalten, ist selbstverständlich.

Die gut unterrichtete Polizei des Sozialdemokraten Fleißner

Der soeben aus Niederschönenfeld entlassene Dichter Ernst Toller ist gestern früh 7 Uhr im Leipziger Volkshaus auf Grund eines vor 5 Jahren gegen ihn erlassenen Steckbriefes verhaftet worden. Die Polizeibeamten wollten sich anscheinend die damals angesetzte Belohnung von 10 000 Goldmark verdienen. Ja, ja, für Geld macht die Polizei die schwierigsten Sachen, wie der Fall Haarmann gezeigt hat. Toller ist inzwischen wieder freigelassen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240804-16/fragment/page=0002

Deutschland nach London eingeladen

Berlin, 3. August.

Amtlich. Die Einladung an die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz ist am Sonnabend eingegangen. Sie ist von dem britischen Premierminister dem deutschen Botschafter am Sonnabendnachmittag übermittelt und telegraphisch am Abend in Berlin eingetroffen. Das Schreiben des britischen Herrn Premierministers lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt: Als Präsident der jetzt in London versammelten interalliierten Konferenz habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz zu ersuchen, der Deutschen Regierung eine Einladung zu übermitteln, Vertreter zu ernennen, um mit der Konferenz die beste Methode für die Inkraftsetzung des Dawes-Planes vom 9. April 1924 zu erörtern, den die alliierten Regierungen ihrerseits als Ganzes angenommen haben und der von der Deutschen Regierung in ihrem Schreiben an die Reparationskommission vom 16. April angenommen worden ist. Ich wäre dankbar, wenn Ew. Exzellenz mir sobald wie möglich die Namen der deutschen Vertreter und den Zeitpunkt ihrer Ankunft mitteilen würden, die, wie ich hoffe, nicht später als Montag, den 4. August, erfolgen wird.

Die deutsche Regierung hat die Einladung angenommen. Die deutsche Delegation wird voraussichtlich am Montag von Berlin abreisen.

*

Am Sonnabend tagte die Vollsitzung der Konferenz, in der die Berichte der 1. und 3. Kommission angenommen wurden, während der Bericht über die Eisenbahnen, da darüber keine Einigung erzielt wurde, der Siebener-Kommission überwiesen wurde. Deutschland darf also jetzt nach London kommen und unterzeichnen, nachdem die Konferenz auf der Grundlage der französischen Vorschläge, wegen denen bekanntlich die Konferenz beinahe aufgeflogen wäre, sich geeinigt hat. Doch die Konferenz ist noch nicht zu Ende und es kann noch manche Ueberraschung geben. Die Einigung auf der Grundlage der französischen Vorschläge bedeutet das Zurückdämmen der Ansprüche der amerikanischen Bankiers. Deshalb ist Henri Pierpont Morgan, der größte amerikanische Bankier, am Sonnabend sofort nach Bekanntwerden der Konferenzbeschlüsse nach London abgefahren.

Kein Zufall ist es, daß der amerikanische Staatssekretär Hughes am Sonntag in Berlin eingetroffen ist und gleich nach seinem Eintreffen dem Reichskanzler einen Besuch abstattete. Hier wurden der deutschen Regierung die Instruktionen über ihr Auftreten in London erteilt, denn Hughes kommt aus London.

Es tritt immer deutlicher zutage, daß die ganze Konferenz nichts weiter ist als eine Katzbalgerei der einzelnen Kapitalisten-Gruppen. Die Einigung auf der Grundlage der französischen Vorschläge bedeutet tatsächlich den Sieg der Rockefeller-Gruppe über die Morgan-Gruppe.

Entente-Kolonie Deutschland

Der Kommissar erläßt neue Steuern

(Eig. Drahtm.) London, 4. August.

Der Bericht der deutschen und ausländischen Sachverständigen über die Steuern und die Monopole liegt vor. Die Kontrolle richtet sich nach der Höhe der eingelaufenen Zahlungen. Laufen unter 10 Prozent der im Sachverständigenplan festgesetzten Zahlungen ein, so kann der Kommissar neue Steuern anordnen und sogar die Zucker-, Tabak- und anderen Monopole internationalen Organisationen zum Kauf anbieten.

Herriots Marokkopolitik

(Havas-Telegraphendienst.) Paris, 4. August.

„Unsere Aktion dauert in den nördlich von Fez gelegenen Gebieten fort. In dieser Zone hatte die Bevölkerung uns herbeigerufen (?) bevor wir das Gebiet militärisch besetzten. Infolge der Ereignisse in der spanischen Zone versuchen die Riffleute Abd el Krimms, welche die reiche Gegend des Ouergha besetzt hielten, erneut aber vergeblich unsere Operation zu behindern, indem sie Scharmützel in unserer Front hervorrufen."

Wir kennen den Text. Alle imperialistischen Kolonialexpeditionen sind immer auf Wunsch und Verlangen der „Kleinen Nationen" unternommen worden. Der „Temps" schilderte diese Methode vor kurzem ganz offen:

„Von unsern Bureaus politisch bearbeitet wünschen diese Völkerschaften nichts weiter, als sich uns anzuschließen, um in den Genuß eines stabileren und sicheren Zustandes zu kommen."

Auch Herriot setzt die Marokkopolitik seiner Vorgänger fort. Ebenso wie er die imperialistische Politik Poincarés bei den Verhandlungen in London als Vorbild betrachtet, so betreibt er nur die gleiche Kolonialpolitik wie alle französische Ministerpräsidenten sie betrieben haben.

Warum die französische Regierung so großen Wert auf gerade diese Gebiete legt, geht aus einem Artikel des „Temps" hervor:

„Es handelt sich um ein sehr reiches Land. Mit fleißiger, handeltreibender Bevölkerung. So wird die ökonomische Verwertung der militärischen Besetzung auf dem Fuße folgen, was eine neue Anwendung der in Marokko verfolgten glücklichen Politik sein wird, einer Politik, die in den schon befriedeten (!) Gebieten die bekannten Resultate gezeigt hat."

Die Eingeborenen wehren sich jedoch mit aller Kraft gegen die „Befriedigung", die ihnen Herriots Generäle bringen wollen. **Hinter den Riffkabylen aber steht Macdonald.** England hat die Riffkabylen mit modernen Gewehren ausgerüstet. Abd el Krimm hat einer englischen Industriegruppe Konzessionen auf marokkanische Bodenschätze eingeräumt und dafür 300 Pfund Sterling in Geld und in Waffen erhalten. So wie in Syrien hinter den türkischen Freischaren englische Unternehmungen stehen, so steht auch in Marokko hinter den aufständischen Eingeborenen der englische Imperialismus. **Beide mal kommt trotz aller Verbrüderungen in Chekers und in London der englisch-französische Gegensatz klar zum Ausdruck.**

Immer mehr Betriebe werden geschlossen

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 4. August.

Die Direktion der Rheinmetall hat der Belegschaft die Entlassung der Hälfte ihres Bestandes angekündigt. Damit wird das Heer der Erwerbslosen um 2500 Arbeiter vermehrt.

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 4. August.

Die Union hat sämtlichen Arbeitern der Walzwerke und der gesamten Maschinenabteilungen zum 13. August gekündigt. Die Kündigung erfolgte angeblich wegen Absatzmangel. Von der Kündigung werden mehrere tausend Arbeiter betroffen.

(Eig. Drahtm.) Lippstadt, 4. August.

Die Union hat der gesamten Belegschaft 2500 Mann zum 8. August gekündigt.

(Eig. Drahtm.) Bochum, 4. August.

Auf der „Heinrichshütte" in Hattingen wurden bis zum 1. August 2000 Arbeiter entlassen.

Die Firma Eickhoff hat wiederum 20 technische Beamte entlassen. Der Betrieb wird nun lediglich von 2 Meistern und einer Anzahl Lehrlinge aufrechterhalten. Die Lehrlinge werden zu den schwersten Arbeiten herangezogen, so daß sie, wenn sie weiter diesen Raubbau an ihren Arbeitskräften treiben, gesundheitlich völlig ruiniert werden.

(Eig. Drahtm.) Bochum, 4. August.

Wegen angeblichen Absatzmangels feiert die Zeche „Karolinenglück" bereits das zweitemal. Die Zeche „Präsident", die erst am 30. Juli eine Feierschicht angeordnet hatte, legt heute die dritte Feierschicht ein. In der nächsten Woche wird nur noch drei Tage gearbeitet werden. Die Zeche „Roland", die zum Harpener Bergbau gehört, hat in dieser Woche zwei Feierschichten eingelegt. In der nächsten Woche sollen drei Feierschichten eingelegt werden.

„Meutert die Polizei?"

Vor einigen Tagen haben Polizeibeamte aus der Kaserne in der Hannoverschen Straße in Berlin den Dienst verweigert. Die Besoldung ist so miserabel, daß die Polizeibeamten den schweren Dienstanforderungen nicht mehr gewachsen sind. Die Empörung richtet sich auch gegen die Offiziere, die unter diesen Umständen noch verschärften Dienst ansetzen.

Auch in der Funkerkaserne Treptow mußten aus den gleichen Gründen Kollegen der Polizei zu dem verzweifelten Mittel der Dienstverweigerung greifen. Diese Kollegen werden schon seit einigen Tagen mit Strafexerzieren gebimst. Solche Fälle mehren sich in den letzten Monaten. Wir erinnern an die Auflösung der Hundertschaften in Tegel und ähnliche Ereignisse.

Ist das Meuterei?

Wenn in dieser Zeit in der Republik Tausende von Menschen in die Luxusbäder fahren, wenn die Schwerreichen die Republik um viele Millionen Steuern und Abgaben betrügen dürfen, dann ist diese Handlung hundemäßig besoldeter Polizeibeamter **keine strafbare und verderbliche Handlung. Nur wenn die Republik die Polizeibeamten wirklich ausreichend besoldet**, kann sie auf Treue und Gehorsam rechnen.

Die Republik will das nicht. Und da die demokratische Verfassung den Beamten das Streikrecht vorbehält, entstehen aus der verzweifelten Stimmung Handlungen der Verzweiflung. — Die gesamte Polizeibeamtenschaft und die Bevölkerung Berlins muß die erwähnten Kollegen schützen. **Sie dürfen nicht bestraft werden.**

Geschlossen müssen die Polizeibeamten aller Kategorien den ernsthaften Kampf um ihre Existenz aufnehmen. Eine Kampfleitung muß geschaffen werden. Andere Mittel sind anzuwenden. — Die Neugründung des Interessenverbandes der preußischen Schutzpolizeibeamten ist jetzt gerade ein Fehler. Sie zersplittert die Bewegung. Die Regierung, die Geheimräte, die Reaktion sehen diese Gründung gern. Denn sie trägt Streit unter die Kollegen und sie hält sie ab, geschlossen für ihre Interessen zu kämpfen.

Die Losung ist:

Einer für alle, alle für einen!

Auf jeden Fall muß für den Kampf die Einheit unbedingt geschaffen werden. Sonst ist er von Anfang an gefährdet.

Die Polizeibeamtenschaft muß sich das Streikrecht verschaffen. Allein das Bestehen des Streikrechtes wird der undankbaren und ungerechten Republik eine Mahnung sein, ihre Diener angemessen zu entlohnen. — Wer da sagt, der Polizeibeamte würde leichtfertig mit dem Streikrecht spielen, verdächtigt den ehrlichen Willen eines jeden Polizeimannes, er kennt seine Not nicht. **Wer das sagt, will, daß die Polizeibeamten verhungern.**

Der Kampf der Polizeibeamten ist eine gerechte Sache. Jeder Kollege, der beiseitesteht, versündigt sich an seinem Beruf und an der Wohlfahrt des schaffenden Volkes. Die Sympathie der werktätigen Bevölkerung Berlins wird mit uns sein. Polizeimänner auf zum Kampf

für auskömmliche Besoldung,
für Freiheit und Beamtenrechte,
für das Streikrecht,
gegen die Militarisierung der Polizei!

Die Gemeinschaft der proletarischen Polizeibeamten Deutschlands.
Fraktion Berlin.

Die „Gemeinschaft der proletarischen Polizeibeamten Deutschlands" ist keine Gewerkschaft im ureigensten Sinne des Wortes, sondern eine Vereinigung von proletarischen Polizeibeamten, die sich als Ziel gesetzt hat, in größtmöglichste Verbindung mit den breiten Massen des Volkes zu kommen. Vorstehendes Flugblatt wurde von der „Gemeinschaft" unter den Polizeibeamten in ganz Deutschland verbreitet.

Der „Vorwärts" für die Vermehrung der Schutzpolizei

In der Abendausgabe des „Vorwärts" vom 1. August schreibt der „Vorwärts":

„Die Zahl der Schupobeamten für Berlin ist zu gering, das weiß jeder Mann."

Wir haben vom „Vorwärts" nichts anderes erwartet. Er wünscht die Vermehrung der Schutzpolizei, damit die Arbeiter besser niedergeschlagen werden können, damit Gewerkschaftsbonzen geschützt werden können gegen ihre eigenen Mitglieder, die mit den Methoden der Gewerkschaftsbureaukratie nicht zufrieden sind. Wir halten es aber für überflüssig, daß die Sozialdemokratie eine Vermehrung der Schutzpolizei fordert. Polizeioberst Schützinger hat auch in der „linken" sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung" ausgeführt, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Aufgabe hat, Reichswehr und Schupo zu unterstützen und die Schutzpolizei bei inneren Kämpfen zu ersetzen.

Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Genossenschaften

Aus dem Polbureau wird uns geschrieben:

Große Wirtschaftskämpfe standen im Mittelpunkt der letzten Monate. Neue gewaltige Abwehrbewegungen stehen uns bevor, denn das Sachverständigengutachten und die sich ständig verschärfende Wirtschaftskrise geben den Industriekapitalisten und den Agrariern Anlaß, die Ausbeutung des Proletariats so zu verschärfen, daß auch heute noch passive Elemente zu spontanen Kämpfen getrieben werden. Das Proletariat muß den Kampf aufnehmen und die einzelnen Wirtschaftskämpfe müssen sich immer mehr zu gewaltigen Machtkämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie entwickeln.

Ein Sieg in all den wirtschaftlichen Einzelgefechten, die durch Zusammenfassung und Verschärfung den Machtkampf herbeiführen, ist aber ungeheuer erschwert, solange es nicht gelingt, während der Kämpfe die Ernährungsfrage zu lösen. Die bisherigen Kämpfe haben gezeigt, daß fast überall die Arbeiter in die Betriebe zurückkehren, weil die Versorgungsfrage für sie und ihre Familien so trostlos war, daß der vorhandene Kampfesmut bald brach.

Auch die Ernährungsfrage ist letzten Endes natürlich eine Machtfrage; sie wird im Kampfe um die Kontrolle der Produktion und im Gefolge davon im Kampfe um die Machtergreifung gelöst. Aber es gibt doch einige Möglichkeiten, heute schon die Schwierigkeiten für das kämpfende Proletariat zu mildern. Ein Mittel dazu sind auch die Konsumvereine.

Die Genossenschaftsbureaukratie sagt natürlich, daß die Konsumvereine die Kämpfe nicht unterstützen können, weil sie „neutral" sein müßten. Die Kämpfe zu führen, sei Aufgabe der Gewerkschaften und Parteien. Aber selbst die Genossenschaftsbureaukratie muß bei jeder Gelegenheit feststellen, daß die Konsumvereine keine Dinge sind, die unabhängig von der Lage des Proletariats existieren. **Die Lage der Konsumvereine ist vielmehr abhängig von der Lage des Proletariats.** Deshalb werden die Kämpfe, die heute das Proletariat führt, auch zugleich für seine Konsumvereine geführt. Denn wenn es möglich gemacht würde, daß die Arbeiterschaft sich bessere Lebensbedingungen erkämpft, könnten die Konsumvereine ihre notwendige Unterstützung durch die Arbeiterschaft erhalten. Also, gerade im eigenen Interesse müssen die Konsumvereine die Kämpfe des Proletariats in jeder Beziehung fördern und tatkräftig unterstützen.

Der große „Zentralverband deutscher Konsumvereine" (Hamburg) mit seinen 1350 Konsumvereinen, 7000 Verteilungsstellen und 3½ Millionen Mitglieder-Familien bedeutet einen wichtigen Faktor in den proletarischen Kämpfen, wenn er dafür eingesetzt wird. Durch allseitige Unterstützung in kampfruhigen Zeiten gestärkt, kann er die Proviantfrage des Proletariats am ehesten lösen.

Die Hilfe, die die Genossenschaften zu leisten imstande sind, ist mannigfacher Art:

1. Können und müssen direkte Lebensmittelunterstützungen den Kämpfenden zur Verfügung gestellt werden, deren Umfang abhängig ist von der Lage des betreffenden Konsumvereins und der Zahl der zu Unterstützenden;

2. können und müssen **Lebensmittel** an die Kämpfenden **kreditiert** werden, bis nach den Kämpfen die Bezahlung möglich ist;

3. können und müssen **Geld- und Warensammlungen** durch die Konsumvereine organisiert werden und in deren Verteilungsstellen geschehen;

4. können und müssen **Sammlungen von Landesprodukten** auf den Dörfern von den Konsumvereinen geleitet und durchgeführt werden. Erfolgversprechend ist dies besonders überall da, wo die Konsumvereine bereits Beziehungen mit den Kleinbauern zur direkten Abnahme ihrer Produkte unter Ausschaltung des Zwischenhandels eingeleitet haben;

5. können und müssen von den Konsumvereinen **Speiseküchen** errichtet werden, um die vorhandenen Mittel möglichst rationell anzulegen;

6. kann und muß die Unterbringung der Kinder der kämpfenden Arbeiter außerhalb des Kampfgebietes organisiert werden. Sicherlich ist die Hilfsbereitschaft der klassenbewußten Arbeiterschaft sehr groß, wenn sie erst selbst die Klassensolidarität zu spüren bekommen hat;

7. kann und muß durch die internationale Solidarität der übrigen Genossenschafts-Organisationen die Hilfe wesentlich verstärkt werden.

Sofort bei Ausbruch der Kämpfe müssen von seiten der Kämpfenden und ihren Kampfleitungen Schritte eingeleitet werden, daß die Verwaltung des Konsumvereins durch eine Delegation der Kämpfenden die Forderungen übermittelt bekommt. Bei größeren Kämpfen muß gleichzeitig an die Leitungen der Revisionsverbände des Zentralverbandes und an den Zentralvorstand in Hamburg selbst herangetreten werden, denen die Forderungen der Kämpfenden mitgeteilt werden müssen. Gleichzeitig sind die in der Konsumvereinsverwaltung (Vorstand, Aufsichtsrat, Vertreterversammlung) sitzenden kommunistischen Vertreter zu informieren, die von sich aus Schritte zur Erfüllung der Unterstützungsforderungen zu unternehmen haben. — Unsere Genossenschaftsfunktionäre sind natürlich auch überall da verpflichtet, wo die Kämpfenden nicht selbst Forderungen an den Konsumverein stellen, dies von sich aus sofort zu tun.

Mit der Bureaukratie sollen aber **keine Verhandlungen** über die Forderungen **hinter geschlossenen Türen** gepflogen werden. Sie sind aufzufordern, sofort eine Generalversammlung oder **Vertreterversammlung** einzuberufen, wo die Konsumvereinsmitglieder selbst über die Kämpfe genaue Situationsberichte erhalten und über die Unterstützungsfrage verhandeln und beschließen. Denn nicht in der Dunkelkammer der Genossenschaftsbureaukratie, sondern in breiter Oeffentlichkeit müssen die Verhandlungen über diese Frage stattfinden. Weigert sich die Bureaukratie, General- oder Vertreterversammlungen einzuberufen, muß die kommunistische Genossenschaftsopposition die Bureaukratie zur Einberufung der Versammlungen zwingen, indem in den Betrieben und vor allem unter den kämpfenden Konsumvereinsmitgliedern die statutarisch notwendigen Unterschriften gesammelt werden, damit die Bureaukratie die Versammlung einberufen muß. Im Notfalle werden die Versammlungen über den Kopf der Bureaukratie hinweg von der Opposition einberufen und der Vorstand dazu geladen.

Auch durch **Demonstrationen der Streikenden** vor den Verwaltungsgebäuden soll der Bureaukratie der Wille der kämpfenden Proletarier gezeigt werden. Solche Massendemonstrationen haben schon oft die reaktionärsten Reformisten dem Willen der Massen gefügig gemacht.

Ueber den Verlauf der Hilfsaktionen muß die Arbeiterschaft laufend informiert werden. In **Streik-, Betriebs- und Vollversammlungen** ist über das Ergebnis zu berichten; natürlich ebenfalls in der Presse. Wo sich die Bureaukratie weigert, die Kämpfe zu unterstützen, ist dies besonders in aller Oeffentlichkeit festzustellen, um solche Stützen des Kapitals aus den Arbeiterinstitutionen zu vertreiben.

Natürlich wird die Genossenschaftsbureaukratie dem Willen der Arbeiterschaft, die Konsumvereine bei den Kämpfen des Proletariats zu verwenden, zum Teil Widerstand entgegensetzen, aber dieser wird um so leichter überwunden werden, je machtvoller das Auftreten der Arbeiterschaft ist. Die Einbeziehung der Genossenschaften in die proletarischen Kämpfe ist auch eine rein genossenschaftliche Notwendigkeit, **denn die Arbeitermassen, die doch die Hauptträger der Genossenschaftsbewegung sind, werden ihr Interesse für eine Institution verdoppeln, die nicht bloß ein Spartopf ist für ruhige Zeiten, sondern auch eine Hilfe im Kampf. Nur eine Konsumgenossenschaftsbewegung, die mit dem klassenbewußten Proletariat die proletarischen Kämpfe führt, hat eine Zukunft.**

Der Zweck der Betriebsstillegungen

(Eig. Drahtm.) Aachen, 4. August.

Die Arbeitgeber im Steinkohlenbergbau des Wurmreviers fordern eine Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne um 10 Prozent.

Bei der Unterdrückung der Arbeiterschaft müssen die Sozialdemokraten dabei sein

Berlin, 4. August.

Mehrere Blätter melden aus Paris, daß die französische Sozialistenpartei beschlossen hat, eine Abordnung nach London zu entsenden, um sich mit der englischen Arbeiterpartei über alle mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen zu verständigen. Die Abordnung, der die Abgeordneten Leon Blum, Paul Faure, Grumbach und Longuet angehören, wird bereits heute nach London abreisen.

*

Leon Blum hat sich bekanntlich warm für den Versailler Vertrag und für die Besetzung des Ruhrgebiets ausgesprochen. Wo es gilt, die Interessen der Kapitalisten zu wahren, da dürfen die Sozialdemokraten nicht fehlen. Wenn jetzt die französischen und englischen Sozialpatrioten zusammenkommen, um über die Reparationsprobleme zu beraten, so kann das Ergebnis nur das sein, den Kapitalisten bei dem Versuch, aus der Weltwirtschaftskrise herauszukommen, zu helfen und, soweit es möglich ist, die Lasten von den Ententestaaten auf das deutsche Proletariat abzuwälzen. Wo Arbeiter geknebelt werden, da dürfen Sozialdemokraten nicht fehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240804-16/fragment/page=0003
DFG

Aus der Provinz

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Gründung eines Arbeiter-Schwimmvereins. Dienstag, den 5. August, findet im Café Roland, Sixtistraße, abends 8 Uhr, die Gründungsversammlung eines Arbeiter-Schwimmvereins statt. Erscheint zahlreich und treibt in den Arbeitersportvereinen Sport und meidet die bürgerlichen Vereine, deren Spitzen die Träger der reaktionären Bewegung sind.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Raubmord auf der Landstraße

Auf der Landstraße zwischen Würchwitz und Nißma ist der Fleischermeister Beer von einem Unbekannten erstochen und dann seiner Brieftasche, der Uhr und sonstiger Wertsachen beraubt worden. Die Spuren führen nach Altenburg. Die Untersuchung über den Mord ist noch im Gange. Die zuerst aufgetauchte Version, daß die Tat ein Radfahrer verübt hätte, kann nicht aufrechterhalten werden.

Grana. Bürgerlicher Gemeindevorsteher. Donnerstag fand hier zum drittenmal die Gemeindevorsteherwahl statt. Vor der Wahl gab unser Genosse die Erklärung ab, daß es ihm nicht möglich sei, für einen Reaktionär seine Stimme abzugeben, auf der anderen Seite aber auch nicht für einen Sozialdemokraten stimmen könne, da er dieselben nur noch als Reaktionsknechte betrachten kann. Er bewies dieses an den Vorgängen im Reichs- und Landtag, in Halle, Weißenfels und unserem Ort, wo Bürgerliche und Sozialdemokraten ganz gleich gehandelt hatten, als es galt, die Kommunisten zu unterdrücken. Das Wahlergebnis war dann auch wieder 4 : 4, so daß das Los entscheiden mußte. Da die Sozialdemokratie wahrscheinlich immer noch an der verdorrten Hand Scheidemanns leidet, hatte man auch wieder Pech. Das Los entschied zugunsten des Bürgerblocks. Darob großer Aerger bei der SPD. Da diese Helden nun ganz genau wissen, daß wir sie nicht vor den Kadi ziehen, erlaubten sie sich die gemeinsten Schimpfereien und Verleumdungen. Bezeichnend dabei war, daß die größten Ueberstundenschieber das Maul am weitesten aufrissen. Am Schluß der Sitzung mußte der verflossene Gemeindevorsteher auch noch eine ganz besondere Ehrung erhalten. Von seiten der Sozialdemokraten wurden diejenigen, welche mit seiner bisherigen Tätigkeit einverstanden waren, aufgefordert, sich von ihren Plätzen zu erheben. Also wie bei der Ehrung eines Toten. Die SPD. scheint sich selbst als politischen Leichnahm richtig einzuschätzen. Hierauf erlaubte sich nun auch noch solch ein braves SPD.-Männlein, einige Zeilen aus einer Beschwerdeschrift, welche unser Genosse anläßlich seines Ausschlusses an den Kreisausschuß gerichtet hatte, bekanntzugeben und noch ganz demagogische Verdrehungen anzuhängen. Hier entsteht die Frage: Wie kam dieser Wackere in Kenntnis der Beschwerdeschrift? Soll es etwa ein Beweis sein, daß er der wirkliche Gemeindevorsteher war und der verflossene nur Strohmann?

Bitterfeld-Delitzsch

Brehna. Wieder ein Motorradfahrer tödlich verunglückt. Auf der Chaussee zwischen Brehna und Bitterfeld fuhren ein Auto und ein Motorrad beide in Richtung Bitterfeld. Beim Versuch, den Motorradfahrer zu überholen, streifte der Wagen das Rad. Der Fahrer, der Gutssekretär Al. Göhring aus Burgscheidungen, kam unter das Rad zu liegen. Er war sofort bewußtlos. Im Stiftskrankenhaus Karlsfeld erlag er seinen schweren Verletzungen.

Greppin. Tödlicher Unglücksfall. Der Arbeiter Ernst Kobell von hier ist gestern auf der Anilinfabrik schwer verunglückt. Er trug ein langes Metallrohr über die Bahnstrecke Leipzig—Magdeburg. Dabei kam er mit dem hochragenden Rohr der elektrischen Fahrleitung in dem Augenblick zu nahe, als er gerade auf den Schienen stand. Er brannte sofort lichterloh. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Kobell ist 22 Jahre alt.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen, Distrikts- und Unterbezirksleitungen!

Zur **Kontrolle der Arbeiten** während der Kampf- und Werbewochen finden vom 5. bis 16. August in jeder Gruppe Kontrollversammlungen statt. Der Zweck dieser Kontrolle ist:

1. Feststellung der Erfolge unserer Arbeiten.
2. Prüfung der Arbeitsfähigkeit des Verbandes.
3. Erledigung aller liegengebliebenen Arbeiten und Sichtung des noch vorhandenen Materials.
4. Vorbereitung des 10. Internationalen Jugendtages.

Die Bezirksleitung hat zu diesem Zwecke die Kontrollversammlungen wie folgt festgelegt:

Dienstag, den 5. August, abends 8 Uhr, für:

Seeben, Sennewitz und Morl in Sennewitz;
Böllberg und Ammendorf in Ammendorf;
Dölau, Nietleben und Bennstedt in Dölau;
Löbejün;
Könnern;
Alsleben;
Merseburg und Beuna in Merseburg.

Mittwoch, den 6. August, abends 8 Uhr, für:

Eisleben, Wolferode und Unterrißdorf in Eisleben;
Teutschenthal und Stedten in Teutschenthal;
Kelbra;
Mücheln und Clobigkau in Mücheln
Groß-Kayna.

Referenten stellt die Bezirksleitung. Sämtliche Mitglieder müssen unbedingt mit allem Material erscheinen.

Die in Frage kommenden Leitungen müssen sofort mündlich, schriftlich oder telephonisch das Lokal der Veranstaltung angeben; ebenfalls die noch nicht aufgeführten Gruppen.

Die Tagesordnung für alle Versammlungen lautet:

1. **Kontrollen und Lehren der Arbeiten.**
2. **Unsere Stellung zum Arbeitsdienstpflichtgesetz und** der **10. Internationale Jugendtag.**

Pflicht jeder Gruppe ist es, sofort mit den notwendigen Arbeiten zu beginnen.

KJD., Halle-Merseburg
Bezirksleitung.

Arbeiter-Sport

Achtung! Kommunistische Karlsbad-Fahrer!

Jene Genossen und Genossinnen, welche die Turnfahrt zum Bundesturnfest in Karlsbad (Tschechoslowakei) mitmachen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei während des Bundesfestes einige durch Fahnen und Tafeln gekennzeichnete Auskunftsstellen beim Festplatz und in Karlsbad errichtet. Die reichsdeutschen Kommunisten, die an dem Fest teilnehmen, mögen dort Verbindung suchen und sich bei den tschechoslowakischen Genossen Informationen einholen. Die Hauptauskunftsstelle befindet sich in Donitz 53, im Sekretariat der KPTsch., jenseits der Eger, fünf Minuten vom Festplatz entfernt.

Achtung, Vereine! Montag, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine Schiedsrichterprüfung statt. Jeder Verein hat die Pflicht, Sportgenossen prüfen zu lassen.
Der Obmann.

Wien gegen Halle. Das Treffen am Sonnabend konnte Wien mit 4 : 0 für sich entscheiden; dagegen hatte das Spiel am Sonntagvormittag schon einen anderen Charakter; Viktoria zeigte sich eifriger als am Sonnabend und konnte das Spiel mit 2 : 1 für sich entschieden; allerdings war der Sieg durch ihren Torwart, der die schwierigsten Bälle hielt, verdient. Das war die erste Niederlage, welche die Wiener auf ihrer Durchreise erlitten haben. Ein Beweis von der Stärke unserer Arbeitersportbewegung. Heute, Montag, abend 8 Uhr im „Volkspark" Schiedsrichterprüfung.
Der Obmann.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Ersuche die Vereinsvorsitzenden, ihre Kinderturnwarte auf die Einsendung der ihnen zugegangenen Fragebogen hinzuweisen. Es ist Pflicht, daß jeder Verein die Fragebogen einsendet, auch wenn keine Beteiligung an dem Kinderturnspiel und Sportfest stattfindet. Folgende Vereine haben noch nicht gemeldet: Fichte Halle, Hohenturm, Niemberg, Passendorf, Peißen, Queis, Reideburg, Radewell, Zwintschöna, Zörbig, Wörmlitz. Vereine, welche keine Kinderabteilung haben, sind ebenfalls verpflichtet. **Der Gruppenkinderturnwart.**

Verantwortlich: Hans Urban für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle.

Ortsleitungssitzung. Heute abend 8 Uhr.
Beschwerdekommission. Dienstag abend 6 Uhr.
Distrikt 4. Mittwoch, 6. August, im Restaurant „Hafenbahn": Distriktsversammlung.

Walhalla-Lichtspiel-Theater
Täglich mit größtem Erfolg
das gewaltige Stierkämpfer-Drama
Blut und Sand
6 Akte aus dem Leben spanischer Stierkämpfer
In der Hauptrolle: Rudolf Valentino
Gerhard läßt sich nicht verblüffen
Lustspiel in 2 Akten mit Gerhard Dammann
Pott und der Mond
Lustiger Trickfilm
Beginn 4 Uhr 2355 Beginn 4 Uhr

Circus Gebr. Blumenfeld jr. Magdeburg
Fernruf 9073
Die letzten Tage!
DER GUTE SPIELPLAN
Neu aufgenommen:
Die Räuber ein lustig Trauerspiel der 3 Runtel-Rappos
Das lebende Karussell des jugendlichen Herkules
Rolando
Neue Dressuren usw. 2353
Vorverkauf: Zigarren-Handl. Steinbrecher & Jasper Markt 1 und Zirkuskasse
Oeffentliche Probe tägl. 10—12 Uhr m. Elefantenreiten

Leipziger Straße 88 Fernruf 1224
Täglich der große Erfolg!
Das Riesen-Doppelprogramm!
Die Taucher
Großer Sensationsfilm in 6 spannenden Akten
Noch nie gezeigte Unterwasser-Sensationen
Der große Kriminalfilm:
Die Frau in Zimmer Nr. 13
In der Hauptrolle: Pauline Frederick
Beginn 4 Uhr Beginn 4 Uhr

Alte Promenade 11a Fernruf 1224
Die weltberühmte 2354
Lya Mara
in dem Schauspiel in 5 Akten
Das Mädel von Capri
Original-Aufnahmen von Capri, Rom, Neapel und Pompeji
Der Original-Wild-Westfilm:
Auf gefährlichen Wegen!
Ein Abenteuer in 2 spannenden Akten
Mit der Kamera durch den deutschen Wald!
Wundervolle Naturaufnahmen in 2 Akten
Beginn 4 Uhr Beginn 4 Uhr

Geeignete Bureauräumlichkeiten
(Zimmer mit separatem Eingang, kleiner Laden oder Nebenzimmer einer Wirtschaft) für offenen Bureauverkehr sofort gesucht. Ausführliche Angebote an die Geschäftsstelle des „Klassenkampf" unter Nr. 2355 a erbeten

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum
Inserieren!

Zeitungsträger
für Biehla sofort gesucht. Zu melden bei O. Seidemann, Bachmannstraße 150

Zeitungsträger
für Oberröblingen a. Helme für sofort gesucht. Zu melden bei Otto Schütze

Zeitungsträger
für Wansleben sofort gesucht. Zu melden bei Artur Günther, Siedlung

Zeitungsträger
für Prösen per sofort gesucht. Meldungen bei Karl Hirsch, Neuestraße 189

Zeitz
Geschäfts-Eröffnung
Einer geehrten Einwohnerschaft von Zeitz und Umgebung zur gefälligen Mitteilung, daß ich in dem Hause
Weberstraße 18 ein
Vorkost- u. Materialwaren-Geschäft
eröffnet habe. 778
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein nur Waren in guter Qualität zu billigsten Tagespreisen zu liefern und bitte höflichst mein neues Unternehmen zu unterstützen
Martha Opuchli,
Weberstr. 18 Zeitz Weberstr. 18

Gr. Ulrichstr. 51
An der Spitze all Darbietungen marschiert
Tom Mix
der 2352 Allerweltsliebling in dem großen Fox-Sensationsfilm
Höher als die Wolken
Der Todesflug üb. d. Grand Canyon
Hierzu die große Turf-Sensation:
Das Derby-Los
5 Akte spannendster Ereignisse auf dem grünen Rasen
Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr

Werbt für d. Klassenkampf

Arbeitsamt Eisleben
Petristraße 9. 173 Tel. 131.
Gewerbliche Abteilung, a) Arbeitsuchende: Chauffeure, Bäcker, Fleischer, Friseure, Anstreicher, Bauarbeiter, Schlosser, Schmiede, Tischler, Dreher, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- u. Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Medizinaldrogist, Schriftsetzer, Buchdrucker. **b) Offene Stellen:** Provisionsreisende, Agenten, Vertreter. **Abteilung für Landwirtschaft a) Arbeitsuchende:** Flurhüter, Geschirrführer, Arbeitsburschen. **b) Offene Stellen:** Geschirrführer, led., 1 led. Aufseher, älterer Mann für Stallarbeit. Geschirrführer älterer, verh. **Weibliche Abteilung: a) Arbeitsuchende:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal, Lehrmädchen für Geschäft, Lehrstützen, Scholarinnen. **b) Offene Stellen:** Dienstmädchen, Frau für Ausbessern von Wäsche, Haus- und Küchenmädchen für Güter, Köchinnen für Privat und Hotels, Stallmädchen, Stütze erfahrene, Mamsells für Güter

Fahrräder-Ersatzteile
Förster & Hummel, Reilstraße 6

Alle Weißenfelser
decken ihren Bedarf in: 800
Möbeln, Matratzen, Spiegeln, in Reparaturen von Möbeln, Auflegen von Linoleum bei Tischler
Kurt Geiling
Leipziger Str. 64 Werkst. Pfeffermühle 3

Bettfedern
— weiß, gerissen —
Pfd. 2,80 3,50 4,50 6,00
Bei 10 Pfd versende postfrei Nachn.
Willy Buchmann
Teutschenthal 2284

Druck
sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Ansichtspostkarten
empfiehlt
Volksbuchhandlung.

Bekanntmachungen

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend **die förmliche Feststellung eines neuen Bebauungsplanes** für das Gelände des Kleinwohnungsbau Halle, A.-G., an der Keferstein straße
2348
Halle, den 28. Juli 1924 **Der Magistrat**

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend **die Genehmigung von Ansiedlungen** am Donnersberg
2349
Halle, den 28. Juli 1924 **Der Magistrat**

Im Wagegebäude am schwarzen Brett ist die Bekanntmachung über den vom 7. bis 14. September 1914 auf dem Roßplatz stattfindenden **Kram- und Viehmarkt** (nur Schweine) veröffentlicht
2350
Halle, den 28. Juli 1924 **Der Magistrat**

Städtisches Solbad-Wittekind
Eröffnung des Badebetriebes
Donnerstag, den 7. August
Solbäder, Wasserbäder, medizinische Bäder, Lichtbäder, Lichtbehandlung, Massage, Trocken-Inhalatorium, Einzel-Inhalationen, Trink-Kuren, Kinder-Bäder, Liege-Terrasse, Liege-Räume.
*506
Bade-Zeiten Werktäglich: Vormittag 8—12 Uhr, Nachmittag 2—6 Uhr
Lichtbäder u. Massagen für Damen Montag- u. Donnerstag-Nachmittag, Dienstag- und Freitag-Vormittag

Familien-Nachrichten

Todesanzeige

Am 2. August entschlief in der Klinik zu Halle an einer Proletarierkrankheit unsere tapfere Genossin, Frau und Mutter

Emma Reiprich

im Alter von 33 Jahren *505

KPD. Ortsgruppe Wehlitz
Gemeinschaft prol. Freidenker Ortsgruppe Wehlitz
Zugleich i. Namen d. Hinterbliebenen
Hugo Reiprich
Wehlitz, den 3. August 1924

Die Einäscherung findet in Halle statt, Zeit wird noch bekanntgegeben

In diesen Tagen wird der August-Abonnementsbetrag kassiert. Wer den Juli noch zu bezahlen hat, hole das Versäumte sofort nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101924080 4-16/fragment/page=0004

Deutsche Kolonialpolitik

Die China-Greuel

Aus der Rede Bebels über den China-Feldzug, im Reichstag, November 1900. „... Und wie hat sich die Kriegsführung bisher abgespielt? Es ist das allerärgste, was jemals vorgekommen ist. Sehen wir an einigen wenigen Beispielen, wie es dort in China zugeht ... Da wird in einem Brief vom 26. August mitgeteilt, wie man 76 Gefangene gemacht, von denen außer acht Jungen, die man laufen ließ, 68 erschossen wurden, indem man sie mit den Zöpfen aneinander band, sie vorher zwang, ihr Grab zu schaufeln, worauf sie erschossen wurden und rückwärts in das Grab fielen.

Die gefangenen Chinesen — heißt es in einem anderen Briefe — haben wir alle totgeschossen. Aber auch alle Chinesen, die wir sahen und kriegten, haben wir alle niedergestochen und erschossen.

In einem Brief vom 1. September schreibt ein junger Mann, Soldat, an seine Mutter: „Wie es jetzt hier während des Krieges zugeht, liebe Mutter, ist mir unmöglich zu beschreiben; denn so ein Gemorde und Schlachten ist geradezu toll, was daher kommen soll, weil die Chinesen außerhalb des Völkerrechts stehen, weshalb auch keine gefangen genommen werden, sondern alles wird erschossen oder, um die Patronen zu sparen, sogar erstochen. Am Sonntagnachmittag haben wir 74 Gefangene mit dem Bajonett erstechen müssen ... Laßt mich schließen in der Hoffnung, daß es nicht mehr so lange dauert, denn sonst weiß man schließlich nicht mehr, oder vielmehr man vergißt es, ob man einmal Mensch war."

Aus dem Brief eines Seesoldaten: „In den befestigten Städten sowie in sämtlichen passierten Dörfern sah ich überall Leichen und wieviel Kranke, Frauen und Kinder, Greise, die nicht haben flüchten können, mögen unter den brennenden Trümmern liegen."

•

In der Reichstagssitzung vom 23. September 1900 verließ Bebel einen Soldatenbrief, in dem es heißt: „Ich will Dir nur etwas schreiben. Wie es bei uns zugeht, davon hast Du keine Ahnung. Es ist gar kein richtiger Krieg, nur ein gegenseitiges Morden. Wie wir die erste Schlacht gewonnen hatten, da hättest Du sehen sollen, wie wir in die Stadt einrückten. Alles, was uns in den Weg kam, ob Mann, Frau oder Kind, alles wurde geschlachtet. Nun, wie da die Weiber schrien. Aber des Kaisers Befehl lautet: Keinen Pardon geben".

Südwest-Afrika

„Als Dr. Peters am Kilimandscharo eintraf, machte ihm ein benachbarter Häuptling drei „Neger-Prinzessinnen" und eine schwarze Dienerin zum Geschenk. Eines Tages waren diese Weiber verschwunden. Dr. Peters vermutete die Ausreißerinnen bei einem benachbarten Häuptling, zumal die Dienerin zu dessen Stamme gehörte. Der Häuptling versicherte, daß die Frauen nicht bei ihm seien; als 200 Untertanen des Häuptlings eine drohende Haltung gegen die Soldaten des Dr. Peters einnahmen, zogen sich diese zurück. Am nächsten Tage zog Dr. Peters mit seiner gesamten Truppenmacht in das Dorf des Häuptlings, um die Herausgabe der drei Weiber zu fordern. Der Häuptling war mit seinen Leuten verschwunden; um seine Autorität zu wahren, ließ Dr. Peters das Dorf niederbrennen. Da der Häuptling weitere Schädigungen fürchtete, sandte er die drei Weiber, die er tatsächlich bei sich hatte, am folgenden Tag zurück.

Peters ließ nunmehr die drei Frauen in grausamer Weise auspeitschen. Der Dienerin gelang es, noch vor der Auspeitschung zu entfliehen. Sie wurde aber wieder eingefangen, vor ein sogenanntes Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Das Kriegsgericht, das auch über den Diener Mabruk das Todesurteil ausgesprochen hatte, bestand aus Dr. Peters, dem bayrischen Premierleutnant Freiherrn v. Pechmann und dem Verwaltungsbeamten Jahnke. Da Leutnant Bronsart von Schellendorf sich weigerte, an dem Mädchen die Hinrichtung zu vollziehen, ebenso wie er sich beim Diener Mabruk geweigert hatte, so wurde abermals der Unteroffizier Wiest mit der Hinrichtung betraut. Diese wurde in beiden Fällen durch Erhängen vollzogen."

Auszug aus der Darstellung über den Fall Peters in der von der Sozialdemokratie herausgegebenen Sammlung: Wahllügen der bürgerlichen Parteien.

7000 Proleten im Gefängnis

Aber Hilferding sagte auf dem SPD.-Parteitag:

Es ist gesagt worden, Republik oder Monarchie sei nur eine Form des Staates, es komme aber auf den Inhalt an. Das ist in doppelter Beziehung falsch. Die Republik ist an sich ein hohes Gut. Denn sie ist die Verwirklichung der Freiheit...

Was die Arbeiter und was die Kapitalisten an Steuern bezahlen

Die Aufstellung über die Steuereingänge im Quartal April bis Juni 1924 ist ein neuer Beweis, daß der Hauptteil der Steuern von den breiten Massen getragen wird.

Lohnabzug, indirekte Steuern und Zölle brachten in Goldmark:

Lohnabzug	236 765
Umsatzsteuer	444 241
Zölle und Verbrauchssteuern	273 547
insgesamt:	954 253

Alle anderen Steuern erbrachten 399 888 Mark. Die von den werktätigen Massen in Gestalt von Lohnsteuern und indirekten Steuern aufgebrachten Summen betragen ungefähr 70 Prozent der gesamten Steuersumme. Die Kapitalisten zahlen weniger als ein Drittel der Steuern. Dabei vermindert sich die Summe der von den Kapitalisten gezahlten Steuern fortwährend. **Während Lohnsteuer und indirekte Steuern im Juni stiegen, gingen die übrigen Steuern zurück.** Die Regierung begünstigt die kapitalistische Steuersabotage mit allen Mitteln durch umfangreiche Steuerstundungen (im Juni wurden 350 Millionen Goldmark gestundet) und durch Herabsetzung der Zinsen für Steuerverzug.

Die Lasten, die auf die arbeitenden Massen fallen, sollen durch die Durchführung der Sachverständigenpläne und die Einführung der Schutzzölle noch bedeutend erhöht werden.

Es gilt mit allen Mitteln den Kampf gegen diese Steuerplünderung aufzunehmen.

Gegen die Belastung der breiten Massen!

Für die Konfiskation der großen kapitalistischen Vermögen!

Protest Ledebours

Ledebour nimmt in folgendem Brief an die IAH. gegen den Beschluß des SPD.-Parteitags Stellung:

„Der deutsche Gedanke in der Welt"

So lautet der Titel eines Buches, das der berüchtigte Propagandist des deutschen Imperialismus, Dr. Paul Rohrbach, vor dem Kriege verfaßt hat. Der „deutsche Gedanke in der Welt", das ist nichts anderes als der deutsche Imperialismus in der Welt, jener Imperialismus, der zu den stärksten Triebkräften des Weltkrieges gehört. Wie dieser deutsche Gedanke sich bereits vor dem Kriege ausgewirkt hat, dafür bringen wir hier einige Beispiele, die wir mit Absicht sozialdemokratischen Quellen entnommen haben. Es wird damit der Beweis erbracht, daß die Führung der Sozialdemokratie diesen Imperialismus, seine Methoden und seine furchtbaren Gefahren für das Proletariat sehr gut erkannt hatte, aber trotzdem, wie der Weltkrieg bewiesen hat, nicht willens war, ihn mit durchgreifenden Mitteln, d. h. mit der Vorbereitung des Proletariats für den Bürgerkrieg, als der einzig möglichen Waffe gegen den imperialistischen Krieg, zu bekämpfen.

... Was Weltpolitik und Kolonialwirtschaft — als in diesen Augusttagen die Kriegsansagen auf Deutschland niederhagelten wie Schloßen auf die Maissaat, als von Ost und Nord eine Welt von Feinden gegen Deutschlands Grenzen sich in Bewegung setzten, und auf der anderen Seite der Welt der Japaner sein Messer wetzte, uns den Genickstoß zu geben, da war für unsere proletarische Jugend die „Theorie" des Weltkrieges entschieden. Denn die Herzen der Jugend sind immer da, wo ein Ritter gegen Tod und Teufel kämpft. (Die Bestien des preußisch-deutschen Imperialismus waren wahrhaftig schöne Ritter! Red.)

... Sind wir also kriegsbegeistert? Welch groteskes Mißverständnis! Wenn die Menge dem Feuermann zujubelt (dieser Feuerwehrmann war das beliebteste Argument der deutschen Sozialpatrioten bei Beginn des Weltkrieges. Red.), der aus dem einstürzenden Haus mit Daransetzung seines Lebens einen Menschen rettet (die imperialistischen Heere befassen sich doch wohl nicht mit Menschenrettung, sondern mit Menschenmord! Red.), jubelte sie da dem Brand oder dem Manne zu? Und so handelt es sich nicht um die Rechtfertigung des Krieges, sondern um die Tapferkeit im Kriege. (Ist die vom Krieg zu trennen? Red.)

Der Ueberfall auf Belgien war — notwendig ...

Die Sozialdemokratie wußte am 4. August sofort, was sie zu tun hatte in der Stunde der Gefahr, so erklärte der Redner im Reichstag, läßt sie das Vaterland nicht im Stich. Sie verschoß ihre Kämpfe mit den Gegnern im Innern, bis die Feinde von außen abgewehrt sind. Ohne ein starkes Deutschland gibt es auch keine starke deutsche Arbeiterbewegung.

... Aus den gleichen Gründen gingen die Hunderttausende organisierter Arbeiter und die Millionen sozialdemokratischer Reichstagswähler an die Front, entschlossen und bereit, ihr Leben einzusetzen für die Aufrechterhaltung und Unversehrtheit der deutschen Lande, für die Abwehr der Kosakenheere des Zaren, für eine freiheitliche Zukunft des deutschen Volkes ...

... So mußte (!!) der Einfall vom Norden (Belgien) aus gemacht werden. Dabei erfolgte die — übrigens von Feind und Freund erwartete — Durchbrechung der Neutralität Belgiens. Aber nicht leichtsinnigerweise hat Deutschland dieses Unrecht auf sich geladen, sondern unter dem Zwange der Notwendigkeit."

(Das sozialdemokratische Jugendorgan „Jungvolk" 1915.)

Unter dem Banner der III. Internationale

Arbeiter und Werktätige aller Länder! Ihr, die Ihr diese Millionen Tote gegeben und ganz Europa mit Leichnamen bestreut, die Städte mit Invaliden und Waisen gefüllt habt, horcht auf die Worte Lenins: Nur der Bürgerkrieg, die entschlossene, mannhafte Aktion gegen die Herrschaft des Imperialismus, kann aus dieser Lage, die widrigenfalls die gesamte menschliche Kultur zum unvermeidlichen Untergang führen muß, hinausführen.

Wendet Euch ab von den Betrügern und Verrätern der Zweiten Internationale, dieser verbrecherischen internationalen Organisation, die im Auftrage der Bourgeoisie die Arbeiter und alle Werktätigen irreführt.

Folgt den Fußstapfen Lenins, geht unter das Banner der Dritten Kommunistischen Internationale, der internationalen proletarischen Assoziation für den rücksichtslosen, unerschrockenen Kampf gegen die imperialistische Herrschaft!

Die Geschichte der Sowjetunion hat gezeigt, daß der Ausweg aus dem Zauberkreis des Imperialismus und Militarismus nur in einem entschiedenen Bruch mit der Bourgeoisie, in der Entschlossenheit zu sterben oder zu siegen, und in der Bewaffnung zu diesem Kampfe liegt.

Geht unerschrocken und unerschüttert diesen Weg, und der Sieg wird Euer sein!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch unter dem Banner der Dritten Internationale im unentwegten, beharrlichen, hartnäckigen Kampf gegen den Imperialismus und die durch ihn hervorgerufene Ausbeutung!

Hölz vor dem Ausnahmegericht der Ebert-Republik

Aus seiner letzten großen Anklagerede:

„Alle ihre Urteile sind Urteile gegen das revolutionäre Proletariat. Sie verurteilen mich nicht, sondern sich selbst.. Ich hoffe, daß das revolutionäre Proletariat Ihnen dereinst die Rechnung vorlegen wird für alles, was Sie der Arbeiterschaft angetan haben, und was Sie auch mir antun werden...

Sie richten mich, wie Sie sagen, Sie schlagen ein Holz ab, und es stehen tausend andere Hölzer auf. Es werden unter diesen tausend Hölzern eiserne sein, die werden nicht mit Ohrfeigen Revolution machen. Es wird eine Zeit kommen, wo das Proletariat nicht mehr sagen wird: Wir können nicht kämpfen, wir haben keine Waffen. Mit den Händen, mit den Fäusten wird es seine Gegner zerreißen! Solange die herrschende Klasse es fertigbringen kann, mit zwei bis drei Maschinengewehren 25 000 Demonstranten in die Flucht zu jagen, solange wird ihre Herrschaft dauern. Aber in dem Augenblick, wo sich das revolutionäre Proletariat auf die Gewehre stürzt und sie zertrümmert oder umdreht, dann kommt die wirkliche Revolution! Vor dieser Revolution mögen Sie und die herrschende Klasse zittern!

... Ihr Urteil, wie es auch ausfallen mag, wird ein Klassenurteil sein... Zehn Jahre Zuchthaus bedeuten für mich eine 4 (mangelhaft), 15 Jahre Zuchthaus eine gute Note, lebenslänglich Zuchthaus Zensur 1, wenn Sie mich aber zum Tode verurteilen, dann erhalte ich Zensur 1a, das ist das beste Zeugnis, das Sie mir ausstellen können. Dann beweisen Sie den revolutionären Klassen, daß ein wirklicher Revolutionär gelebt und sein Klassenbewußtsein mit dem Tode besiegelt hat."

Vom 3.—10. August Kampfwoche für die Freilassung der politischen Gefangenen!

Berlin, 22. Juni 1924.

An das Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe!

Werte Genossen!

Nachdem ich auf Ihren Vorschlag Mitglied des Zentralkomitees der IAH. geworden bin, halte ich es doch für geboten, meine sachliche Stellungnahme zur IAH. zu erläutern. Das ist um so mehr notwendig, da auf dem Parteitag der SPD. die gegen die Arbeiterhilfe seit längerer Zeit betriebene feindselige Propaganda sich bis zu dem Beschluß gesteigert hat, die Zugehörigkeit zur IAH. für unvereinbar zu erklären mit der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft.

Die von der gleichen Seite unternommenen Angriffe gaben mir schon einmal Anlaß, mich für die IAH. auszusprechen, als in der Stadthalle vor mehreren Monaten eine Protestversammlung einberufen war, in der Genosse Münzenberg referierte. Die Auffassung, die ich damals zum Ausdruck brachte, ist auch heute noch die meine. Die IAH. hat es sich zur Aufgabe gemacht, notleidende Proletarier in allen Ländern gegen das Versinken in völlige Verelendung zu schützen. Das ist ein außerordentlich verdienstliches Werk, das von Genossen aller Richtungen unterstützt werden sollte. Es sind ja auch in der Leitung wie in der Mitgliedschaft alle Richtungen vertreten.

Völlig absurd ist es, wenn von seiten der SPD. geltend gemacht wird, die IAH. könne gar nicht unparteilich wirken, da ja von Kommunisten die Initiative ergriffen sei. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, können wir nie zu gemeinsamen Aktionen kommen, denn in der Natur der Dinge liegt es, daß einer immer anfangen muß. Es zeugt von einer außerordtlich kleinlichen Denkweise, wenn man deshalb nicht mitmacht, weil eine andere Partei oder Richtung vorangegangen ist. Grade weil ich wünsche, daß jede Gelegenheit zu gemeinsamen Aktionen verschiedener Richtungen im Interesse der proletarischen Gesamtbewegung ausgenutzt werden muß, sehe ich es als meine Pflicht an, gegenüber den unqualifizierbaren Angriffen des SPD.-Parteitages die IAH. um so nachhaltiger zu unterstützen.

Mit freundlichem Gruße

Gustav Ledebour

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240804-16/fragment/page=0005

Kundgebung des hallischen Proletariats gegen den imperialistischen Krieg

„Heil Moskau" der Kommunistischen Kindergruppe — Rede des französischen Genossen — Die Bilanz der letzten zehn Jahre: Wilhelm—Noske—Haarmann

„Zwei Minuten haben sie geschwiegen und dabei überrechnet, wieviel Profit ihnen der vergangene Krieg eingebracht hat" (Aus der Rede des Genossen Gräf.)

Während die Bourgeoisie wie im ganzen Reich auch in Halle einen Gedenktag mit heuchlerisch-sittlicher Entrüstung aufzog, während sie ihre verstaubte Monarchistenehre hervorholte und von Gottes Gnaden in den Kirchen bestätigen ließ, daß sie recht getan hat und niemand zu scheuen braucht, haben die Proletarier ihr „Krieg dem imperialistischen Kriege" hinausgeschrien. Es war vom Sozialdemokraten Runge dafür gesorgt worden, daß der Schrei nicht allzulaut in die Häuser der Bürger drang:

jede Kundgebung unter freiem Himmel war verboten.

Aber schon am Sonnabend gellte den durch die Straßen eilenden Bürgern das memento mori, „denke ans Sterben", in die Ohren. Auf allen Straßen wurde ihnen der „Klassenkampf" vors Gesicht gehalten, und ihr Schimpfen auf die gotteslästerliche Zeitung, das überall, in der Straßenbahn, auf dem Bahnhof, an allen Verkehrspunkten zu hören war, bewies, daß sie mit Ingrimm und Aufmerksamkeit die kommunistischen „Hetzparolen" verfolgt hatten.

Am Sonnabendnachmittag erschien auf dem Marktplatz eine kleine Armee: **die Kommunistische Kindergruppe.** Sie hatten sich die „Revolution in Kasparhausen" zum Beispiel genommen und wollten gleich dem revolutionären Kaspar, den man ihnen im „Volkspark" gezeigt hatte, mit Unternehmer, Staatsanwalt, Sipo umgehen. Ueber hundert Kinder mit Steckenpferd und Sowjethelm hatten sich da eingefunden. Die Neugierigen stauten sich, manch wütendes Spießergemurmel von „politischer Verhetzung" der Kinder wurde laut, die Schupo wußte nicht, ob sie zu ihrer bewährten Gummiknüppel-Methode greifen oder sich den Fluch der Lächerlichkeit fürs nächste Mal aufsparen sollte.

Die Kinder riefen unbekümmert ihr „Heil Moskau!" und zogen geschlossen zum „Volkspark" zurück.

*

Zum Sonntag, dem 3. August, hatte der Internationale Bund der Kriegsopfer für den zehnjährigen Gedenktag des Weltkriegsbeginns im „Volkspark" zu einer Kundgebung aufgerufen. Der Genosse Gräfe vom Internationalen Bund hielt eine kurze Einleitungsansprache, in der er den Klimbim der bürgerlichen Parteien zu diesem Tage treffend charakterisierte:

„Von allen öffentlichen Gebäuden in Deutschland weht heute die schwarzweißrote oder schwarzrotgoldene Fahne, teils halbmast, teils dreiviertelmast, teils hochgezogen. Das ist das Jubiläum, das in Deutschland gefeiert wird zur Erinnerung an die zehnjährige Wiederkehr des Kriegsausbruches.

Die deutsche Kriegsfahne ist in Berlin auf Halbmast gehißt. Von 11 bis 12 Uhr mittags haben Feldpröbste zu den versammelten Zylinderträgern gesprochen. Zwei Minuten haben sie geschwiegen, da haben sie wohl überrechnet, was für Profite sie im Kriege eingeheimst haben.

Wir wollen nicht zwei Minuten schweigen, wir haben schon viel zu lange geschwiegen. Wir müssen es hinausschreien, daß sich wieder Kriegswolken am Horizont zeigen, daß die Kapitalisten aller Länder ein Wettrüsten veranstalten. Man wird wieder rufen: Das Vaterland ist in Gefahr. Aber wir müssen antworten: Das Vaterland der Kapitalisten geht uns einen Dreck an. **Die Arbeiterschaft darf nicht wieder in einen Krieg hineintaumeln, die Arbeiter-Soldaten müssen aus dem Krieg den Aufstand machen.** Das ist der Weg, der in einem solchen Falle gegangen werden muß. Die Vorbereitungen dazu müssen heute schon getroffen werden.

Der Genosse G. überbrachte dann in französischer Sprache die revolutionären Grüße der „Arac", der Organisation der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen Frankreichs, der Kommunistischen Jugend und der Kommunistischen Partei. Als der Genosse Gilbert die Tribüne betrat, setzte spontan aus der Masse der Gesang der Internationale ein. Er erinnerte an die Vorgänge beim Kriegsausbruch, an die Entstehung des Krieges, an dem Poincaré und Delcassé ebenso große Schuld tragen wie Wilhelm II. und seine Hofkamarilla. Noch beherrscht auch in Frankreich die Sozialdemokratie die Hirne der Massen und hetzt zusammen mit den kapitalistischen Parteien und Zeitungen die Proleten an die Front. Aber schon im Kriege wuchs die revolutionäre Bewegung im französischen Proletariat und unter den Soldaten sehr stark, und als Poincaré la guérre (der Kriegspoincaré am 11. Januar 1921) wieder seine Bataillone zur Ruhr dirigierte und neue Sanktionen vornehmen ließ, da hatte die revolutionäre Propaganda der revolutionären Organisationen schon soviel erreicht, daß **zahlreiche Regimenter sich weigerten, abzufahren und in Deutschland meuterten.**

Zu Hunderten ließ die französische Regierung die Soldaten verhaften und zusammen mit ihren deutschen Klassengenossen in Mainz und anderen Orten zu vielen Jahren Kerker verurteilen.

Der französische Imperialismus ist heute die Zentrale der europäischen Gegenrevolution. Von hier aus gehen die Angriffe gegen das revolutionäre Sowjet-Rußland; von hier aus werden die verschärften Versklavungspläne gegen das deutsche Proletariat verfaßt und durchgesetzt. Erst gestern hat in London Herriot, der mit Unterstützung der französischen Sozialisten regierende Ministerpräsident Frankreichs, seine Pläne zur Verwirklichung des Sachverständigengutachtens zum Siege geführt. Das bedeutet, daß die französischen Kapitalisten jederzeit zu neuen Sanktionen schreiten können, und sie werden dies recht gehörig ausnutzen. Schon heute haben sie den regulären Friedensbestand der Armee auf 835 000 Mann erhöht. Eine ungeheuere Zahl für dieses Volk, wenn man bedenkt, daß Rußland, dessen Einwohnerzahl 120 Millionen beträgt, seinen Heeresbestand erst kürzlich auf 600 000 Mann vermindert hat. Es ist der beste Beweis dafür, daß die französischen Imperialisten, **mit denen die deutschen Kapitalisten Hand in Hand arbeiten,** neue Angriffspläne haben. Darum haben die revolutionären Organisationen des französischen Proletariats eine verschärfte Kampagne gegen sie begonnen.

Zahllose Massenkundgebungen, bei denen es zu lebhaften Demonstrationen und zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht gekommen ist, beweisen den revolutionären Kampfswillen der französischen Arbeiterschaft, die nur auf das Revolutionssignal aus Deutschland wartet.

Frauen, duldet nicht, daß Eure Kinder wieder nationalistischer Verhetzung preisgegeben werden, laßt sie nicht zum Schlachtvieh der Imperialisten der ganzen Welt werden. Ein neuer Krieg der Kapitalisten muß uns schlagbereit zum bewaffneten Aufstand finden. Das Proletariat läßt sich nicht von der nationalistischen Hetzparole einfangen, und wenn die deutsche Bourgeoisie ihr „Deutschland über alles" und die französischen Kapitalisten ihr „Frankreich über alles" brüllen, dann wird die revolutionäre Arbeiterschaft, zu der immer größere Massen strömen, den Ruf erheben und im Kampf durchsetzen:

„Ueber alles die Diktatur des Proletariats."

Nachdem sprach Genosse Urban. Seine Rede war eine Abrechnung mit den deutschen Kapitalisten, den Hurrah- und Prozentpatrioten. Er führte aus:

Unter dem Rezime von Ramsey Macdonald, dem englischen Ministerpräsidenden, Mitglied der Arbeiterpartei und Vorsitzenden der 2. Internationale, findet in England die größte Flottenparade der Welt statt. In französischen Zeitungen ist die Meldung erschienen, daß Herriot im Herbst dieses Jahres eine Luftflottenparade veranstalten wird. Das zeigt mit aller Deutlichkeit die Rüstungen der imperialistischen Länder.

Deutschland ist aus der Reihe der Großmächte ausgeschieden. Deutschland ist eine Kolonie der Ententekapitalisten geworden. Die deutschen Prozentpatrioten haben sich nicht gescheut, die Geheimnisse der Gaskriegsführung an den sogenannten Erbfeind zu verkaufen. Wenn die deutsche Bourgeoisie durch ihre jungen Leute, die Regierung der Republik, das Sachverständigengutachten annehmen läßt, so nur deshalb, um sich damit die Sanktionen der Ententebourgeoisie für die Ausbeutung des deutschen Proletariats zu kaufen und um sich den Schutz der Ententestaaten gegen die kommende deutsche proletarische Revolution zu erkaufen. Ausdrücklich heißt es in dem Sachverständigengutachten: „Die Sachverständigenpläne sind nur durchzuführen, wenn die Währung stabilisiert und wenn Ruhe und Ordnung in Deutschland herrschen." Wir Proletarier wissen, was es heißt, wenn die Bourgeoiskanaille nach „Ruhe und Ordnung" schreit. Das heißt: Hungersnot für Tausende deutscher Proletarier, das heißt:

wenn am Antifaszistentag am hallischen Polizeipräsidium Panzerwagen gegen die hallische Arbeiterschaft stehen,

wenn die Schupo in Wörmlitz Proletarier niederschießt und in Halle die Faszisten demonstrieren können.

Heute demonstriert in der ganzen Welt, in allen kapitalistischen Ländern, die am Kriege beteiligt waren, die Arbeiterschaft unter dem Rufe des Internationalen Bundes, unter dem Rufe der Kommunistischen Internationale, gegen den neuen Krieg, nicht unter der Parole: Nie wieder Krieg!, wie sie die Pazifisten haben, sondern unter der Parole: Krieg dem imperialistischen Kriege. Wir Proletarier, die wir durch die Schule des Marxismus gegangen sind, wissen, daß es immer Kriege geben wird, solange der Kapitalismus existiert. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, werden die Industriellen und Machthaber jedes Landes die Arbeiterschaft ihres Landes gegen die Brüder des anderen Landes für ihre Interessen hetzen. **Für das Proletariat gibt es nur zwei Wege: Entweder es läßt sich in einem neuen imperialistischen Krieg zu Millionen abschlachten, oder es nimmt den Kampf gegen die Kapitalisten, den Kampf für den Kommunismus auf.** Deshalb heißt es für uns: Es lebe der Bürgerkrieg, gegen die Kapitalistenklasse.

*

Der Abend versammelte Tausende von Proletariern im großen Saal des „Volkspark". Zehn Jahre Krieg! war das Programm, das nicht Kunst um der Kunst willen bot, sondern Klassenkampf. Sieben Bilder wurden, eingeleitet mit dem Gedicht „Liebknecht" von Henri Gilbaux. Der Baseler Sozialistenkongreß von 1912 mit seinem Bekenntnis zum Bürgerkrieg, der Verrat der Sozialdemokratie: Scheidemann läßt sich von Wilhelm II. mit der schwarzweißroten Schärpe dekorieren und ruft: Liebknecht muß ins Zuchthaus. Im dritten Bild, als 1918 die Revolution ausbricht, stellt sich Scheidemann auf den Boden der gegebenen Tatsachen und gibt den Befehl: Nieder mit Spartakus. Der Weg der deutschen Revolution wird weiter gezeigt. 15 000 Opfer sind gefallen, 7000 Arbeiter sitzen in Gefängnissen und Zuchthäusern. Noske steht stolz in einer Ecke, befriedigt über das Ergebnis seiner Bluthundbefehle. Die Arbeiterschaft weist mit dem Finger nach ihm. Aber dann macht sich das Proletariat von allen Ketten frei. Es wirft den heuchlerischen pazifistischen Sozialdemokraten zur Erde, der feige flieht, erschlägt das Faszistenungeheuer und ergreift selbst die Macht.

Plötzlich ertönte aus dem Dunkel eine Stimme: Ziehen wir die Bilanz, Genossen, fünf Jahre imperialistischen Krieg, fünf Jahre Bürgerkrieg. Zehn Jahre lang wurde das Proletariat von seinen Führern betrogen, zehn Jahre lang mußten ungeheure Opfer fallen. Die Mörder waren:

Wilhelm — Noske — Haarmann.

So schließt sich der Ring.

Eine ungeheure Spannung ging von der versammelten Arbeiterschaft aus. Jeder der wuchtigen Sätze drang tief in ihre Hirne, und in allen formte sich der Wille zur Tat: dem imperialistischen Kriege den Bürgerkrieg entgegenzusetzen und die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

Die Kommunistische Kindergruppe legte im „Bolschewistenlied" ihr Gelöbnis zur Roten Garde ab. „7000", ein Aufschrei aus den Gefängnissen rüttelte die Zuhörer auf und prägte ihnen den Gedanken zur Befreiung der gefangenen Brüder und zur Befreiung der ganzen Proletarierklasse ein. Das „Rote Soldatenlied" schloß die Kundgebung.

Haarmänner in der hallischen Schupo

Am Abend des 2. August 1924 gegen ¼1 Uhr, kam ich die Schützenstraße von der Produktiv-Genossenschaft herunter und traf an der Ecke Glauchaerstraße mit zwei Genossen zusammen. Wir setzten uns an das Schaufenster eines Zigarrenhändlers und unterhielten uns ein wenig. Auf einmal kommt ein Sipo per Rad, fährt die Hirtenstraße rein, um im nächsten Moment zurückzukommen, steigt vom Rad und fordert uns auf, aufzustehen. Nachdem wir aufgestanden sind, nahm er eine Leibesvisitation vor (wahrscheinlich nach Cholerabazillen), wobei er mich an den Geschlechtsteil gegriffen hat. Ich sagte dem Beamten, daß eine derartige Untersuchung auf der Straße unstatthaft ist und verlangte eine Erklärung, warum er uns untersucht hat. Die Antwort darauf lautete: „Ich haue Sie in die Fresse!" Ich verbat mir diese Ausdrucksweise, worauf er handgreiflich wurde und mich mit Gewalt zur Wache schleifen wollte. Er versuchte meinen Arm zu fassen, damit ihm die Beute nicht durch die Lappen ging, was ihm jedoch nicht gelang. Ich ging vielmehr freiwillig mit zur Wache, um Beschwerde einzureichen gegen diesen Haarmann-Beamten. Zirka zwanzig Personen waren Zeugen dieses Vorfalls und erhoben scharfen Protest dagegen. Auf der Wache wurde mir nach Feststellung meiner Personalien mitgeteilt, daß ich eine Anzeige wegen ruhestörenden Lärms erhalten würde.

Der sich so gesittet benehmende Beamte heißt Fromm und ist tätig fürs Polizei-Revier 2.

Die Haarmann-Polizei scheint sich also auch in Halle bemerkbar zu machen.

Sie denken an die politischen Gefangenen

Die Arbeiter der Metallgießerei Haaßengier, Hordorfer Straße, haben in ihrer Belegschaftsversammlung, am Freitag, dem 1. August, beschlossen, gemeinsam der „Roten Hilfe" als Mitglied beizutreten und jede Woche 10 Pf. Beitrag zu zahlen. Ein Vertrauensmann für die „Rote Hilfe" wurde ebenfalls gewählt.

Das ist innerhalb acht Tagen der dritte Betrieb in Halle, der sich der „Roten Hilfe" anschließt.

Die proletarische Solidarität wächst. Welches wird die nächste Belegschaft sein?

Demokratie beim Magistrat

Die Kommunistische Jugend hat an den Magistrat einen Antrag gestellt, ihr für eine öffentliche Kundgebung am 1. August eine Schulaula zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wurde, wie folgendes Schreiben zeigt, abgelehnt:

Der Magistrat. Halle, den 21. Juli 1924.
IV a 5.

Ihrem an Herrn Stadtrat Wellhausen gerichteten und an uns abgegebenen Antrag vom 25. Juli 1924 der Kommunistischen Jugend, eine Schulaula zu einer öffentlichen Kundgebung am 1. August oder an einem anderen Tage zu überlassen, kann zu unserem Bedauern nicht entsprochen werden.

An
die Kommunistische Jugend Deutschlands,
Ortsgruppe Halle,
z. Hd. des Herrn R. Lippke, hier.

Das Bedauern, mit dem man der KJ. den Antrag abgelehnt hat, scheint — nicht so groß gewesen zu sein. Wenn es Wehrwölfe gewesen wären, hätte man die Erlaubnis sicherlich mit tausend Freuden gegeben.

* **Kommunistische Metallarbeiter! Aeußerst wichtige Fraktionssitzung am Dienstag, dem 5. August, abends 7 Uhr, im Mittelzimmer des „Volkspark". Alle Betriebe müssen vertreten sein.**

Verschwörer und Revolutionäre

10] Von Michael Kaniowski

Popoff wurde ein wenig blaß.

— Da! Kleiner! — sagte er, während er mit den Händen in allen Taschen herumsuchte und hielt dem Jungen eine Hand voll Münzen hin. Da er aber zitterte, fiel das Geld klirrend auf den Boden.

— Erledigt — sprach er. — Hast Du gehört, junger Mann? Jetzt heißt es heiter mit einer Schale Wein mit Mut das Ende erwarten. Den Falerner ersetzen wir mit einer Flasche Champagner.

Als der Junge sein Geld aufgesammelt hatte und lautlos verschwunden war, sagte Popoff:

— Uspienski hat man verhaftet — und seine Lippen zitterten.

— Wollen Sie sich nicht lieber irgendwo verstecken? fragte ich.

— Nein! nein! Brüderchen — gab er da zurück —, bei uns heißt jetzt die Parole: auf Posten! Uspienskis Frau würde mir dann nicht einmal ins Gesicht spucken! Sie ist Lucile, Desmoulins Frau, ich würde sterben vor Scham, wenn sie mich ansähe. Nein! nein! hier, Brüderchen, gibt's keine Wahl. Jetzt muß man sein Wort über Rußland hinausschreien.

Er klingelte, man brachte Champagner.

Wir stießen an.

— Seht Ihr! — sagte er zu mir — Ihr denkt, der Alte quatscht und quatscht, weil ihm das Herz in die Hosen fällt. Ich will ja nicht behaupten, daß in diesem meinem Körper nirgens auch nur ein wenig Furcht herrscht. Nein, nein! In einem dunklen Loch werden sie mich halten! Brrr . . . Und dann ihre rohen Pfoten, diese ihre Pfoten und Augen. Und jeder gemeine Soldat wird mich kujonieren dürfen. Natürlich hab' ich Angst. Man ist es nicht gewohnt. Das ganze Leben lang war ich ein treuer Untertan, und innerlich stramm vor jedem Schutzmann, vor jeder blauen Uniform — da heißt's mit einemmal freier Bürger, Menschenrechte, unverjährbare, das Recht auf Revolution. Da im Westen, da ist jeder Stein eine Erinnerung. Aber hier? Als man hier den einen Bojaren mit Knuten geschlagen hatte und ihm dann die Nase mit glühenden Zangen abriß — das ist ja nicht das Schlimme, daß sie ihn marterten — da hat der versucht, dem Zaren die Hand zu küssen! Siehst Du, das war das Schlimmste.

[illegible] wieder an.

— Schau! Der Popoff der ist nun in den Kneipen und Cafés herumgelaufen, hat Karten gespielt, hat die Mädchen nicht verachtet, Talent hat er keines gehabt, neue Ideen auch nicht, aber für die heilige Sache hat er seine Knochen hingegeben . . .

Er wurde sehr ernst.

— Auch Dir, mein Freund, wünsche ich von Herzen dasselbe: Mag Dir dies Dein Schicksal geben: Dein Leben für die Sache opfern zu dürfen . . .

Wir küßten uns und ich hielt seine Hand lange in der meinen.

— Mag dieser Kelch nicht von mir abgewendet werden — sagte er noch, dann traten wir auf die Straße.

— Nun müßt Ihr rechts, ich links — sagte er — und ich wünsche Euch nochmals: mag dieser Kelch nicht abgewendet werden . . .

Ich schaute ihm lange nach. Ich schämte mich. Diesen Menschen hatte ich heute früh verachtet. Mit Schmerz dachte ich daran, wie kleinmütig und nichtig ich selbst neben einem Popoff war.

Hier hatte Nietschajeff einfach alles das an sich gerissen, was bereits fertig dagelegen hatte und nur auf den zündenden Funken wartete.

Ich versuchte mir Popoff und Uspienski auf der Anklagebank vorzustellen; ich wußte wohl, daß sie Mut genug werden aufbringen können, daß in das Schweigen der Gesellschaft bald die Kunde dringen wird von den kühnen Männern, die es gewagt hatten, ihre Faust gegen das herrschende Ausbeutungssystem zu erheben. Und plötzlich erblickte ich im Geiste die ungeheure Armee derer, die da von Paris, Metz, aus England und aus der Schweiz ununterbrochen anmarschierten und mutig in die Höhle des Löwen gingen, obwohl sie die unerbittliche Grausamkeit des russischen Systems kannten. Wer wußte etwas von ihnen, wenn sie so einer nach dem andern untergingen, wie die Steine, die man ins Wasser wirft. Wer kannte in der Gesellschaft die Heldentat, die im Augenblick ein Popoff ausführte.

Ich war kreuz und quer durch die Stadt gelaufen und befand mich plötzlich zu meinem großen Erstaunen vor der Buchhandlung, in der ich Uspienski aufgesucht hatte. Vor dem Hause war ein Auflauf und ein Wagen stand bereit. Da verließen die Buchhandlung einige Leute in Militäruniform; ich lief heran und konnte noch gerade Uspienskis ruhige Augen sehen. Der Wagen fuhr davon. Ein Schutzmann trieb die Leute auseinander.

— Falsches Geld hat er gedruckt — hörte ich ein Weib hinter mir sagen.

— I wo! — antwortete der Portier des Hauses. — Ist ganz was anderes! Was weißt Du? Ein guter Herr war's. Der und Geld fälschen!

— Weiter gehen! Weiter gehen! — rief er, als er merkte, daß ich ihm zuhörte.

— Ueberall haben die ihre Ohren! — hörte ich ihn hinter mir her brummen.

Eigentlich hatte ich in Moskau nichts mehr zu tun. Irgend etwas zog mich in die Richtung von Popoffs Wohnung, und gerade als ich in die Straße, in der er wohnte, einbiegen wollte, holte mich jemand ein.

— Mein Herr!

Ich schaute mich um und erblickte meinen früheren Mitschüler Kasjanoff.

— Kaniowski! Natürlich bist Du's! Von der Buchhandlung laufe ich hinter Dir her und denke: ist er's oder nicht?

Da ist heute eine unangenehme Geschichte passiert!

— Ich weiß es schon! — antwortete ich, ohne an die nötige Vorsicht zu denken.

— Dacht ich's mir! — rief er erfreut. — Ich sah Dich stehen und dann diese Richtung einschlagen. Ich überlegte: ihn ansprechen? kann gefährlich sein! Am Ende ist er's nicht. Wir dürfen uns heute nicht viel auf der Straße zeigen. Komm mit! Ich habe hier Bekannte in der Nähe, unsere Leute . . .

In der Wohnung, die aus einer Stube und Küche bestand, trafen wir drei Personen vor.

Am Tische saß ein Mann mit auffallend hoher Stirn und schönen klugen Augen. Ein junges Mädchen in blauer Schürze war mit dem Samowar beschäftigt. In der Küche spülte ein junger blonder Mensch mit einem fröhlichen Kindergesicht die Gläser.

— Gut Freund — sagte Kasjanoff — Felix Bolschowski, Tarntina, Martynoff — stellte er die Anwesenden vor.

— Sie haben ihn schon verhaftet — wandte er sich dann an Bolschowski. Der wurde ernst.

— Schade! Schade um ihn und um sie. Das waren erstaunliche Menschen. Ein Unglück ist hier nämlich passiert.

— Ich weiß, ich habe Uspienski gesprochen — erwiderte ich.

Bolschowski belebte sich. Ich mußte ihm alles getreulich berichten. Auch von Popoff erzählte ich.

Wir kamen ins Gespräch.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240804-16/fragment/page=0006

Aus den Betrieben und Werkstätten

Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige wirklich „historische Recht", das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen, Mecklenburg eingeschlossen. Friedrich Engels.

Auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der bürgerlichen Ordnung ist der Imperialismus die kapitalistische Wirklichkeit, der Pazifismus die letzte kapitalistische Ideologie. Klara Zetkin.

> **„Stören wir ihn nicht bei seinem Werk. Die Sozialisten werden ihn vielleicht noch preisen als einen ihrer Größten."**
>
> Der „Vorwärts" vom 5. November 1920 über Stinnes

Die Betriebszellen und der Krieg

Von Hans Urban.

Als heute vor zehn Jahren die Kunde der Mobilmachung Deutschland durcheilte, da gab es selbst in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft viele, die alle sozialistischen Lehren vergaßen und mit Freuden in den Krieg zogen. Aber die Mehrzahl der deutschen Arbeiterschaft, besonders die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, standen dem Krieg kritisch gegenüber und hätten bei gewissen Voraussetzungen die Beschlüsse des Baseler Internationalen Kongresses, den Generalstreik bei Ausbruch des Krieges durchzuführen, verwirklicht.

Die Opposition gegen den Verrat der sozialdemokratischen Führer und gegen den Krieg war nicht organisiert. Erst im September fanden sich wenige in der Gruppe „Internationale", die Vorläuferin des Spartakusbundes, zusammen. Die Opposition konnte bei Kriegsbeginn nicht gleich in Erscheinung treten, da ihr die geeignete Organisationsform fehlte. Die Arbeiter waren in ihrer Partei nach Straßen und Distrikten organisiert, hatten in den Betrieben keinerlei Verbindung untereinander. Und die wenigen Versammlungen, die die Partei abhielt, beschäftigten sich mit Lichtbildervorträgen der sozialdemokratischen Berichterstatter von der Front und dergleichen mehr. Eine grundsätzliche Auffassung, eine Stellungnahme zum Krieg fand erst dann statt, als die Gruppe „Internationale" ihre Tätigkeit entfaltet hatte. **Zu einem Widerstand gegen den Krieg war die deutsche Arbeiterschaft organisatorisch überhaupt nicht vorbereitet.**

Wir Kommunisten wissen auf Grund unserer marxistischen Erkenntnis, daß es, solange der Kapitalismus besteht, immer wieder Kriege geben wird. Der imperialistische Krieg ist ein Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt. Wir Kommunisten wollen jeden neuen imperialistischen Krieg verhindern und wollen die kapitalistische Wirtschaft beseitigen. Die Rüstungen, die alle Großstaaten fieberhaft betreiben, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten immer näher heranrückt. In einem neuen Kriege wird Deutschland, das heute keine selbständige Politik betreiben darf, das auf Grund des Sachverständigengutachtens nur eine Ententekolonie ist, nicht unbeteiligt bleiben können. Für das deutsche Proletariat ist also die Gefahr eines Krieges genau so gegeben wie für das Proletariat der kapitalistischen Großmächte.

Welches ist nun die Organisationsform, durch die das Proletariat den neuen Kriegswahnsinn verhindern und die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft durchführen kann? Die Betriebszellen. Wenn die Partei fest in den Betrieben verankert ist und dadurch engste Fühlung mit der gesamten Arbeiterschaft hat, so kann sich ein 2. August 1914 nicht wiederholen. Dann werden die revolutionären Arbeiter in den Betrieben gegen den Krieg Stellung nehmen, die Arbeiter vom hurra-patriotischen Unsinn abhalten können. Dann wird auch der Belagerungszustand der militärischen Gewalthaber, das Verbot der Partei, die Unterdrückung der Presse, die Festsetzung der Funktionäre, den Militaristen nichts nützen. Dann wird durch das Arbeiten der Partei in den Betrieben es ein leichtes sein, die gesamte Arbeiterschaft zum Generalstreik zu führen und dadurch den imperialistischen Krieg vom ersten Tage an in den Bürgerkrieg umzuwandeln.

Die Betriebszelle ist also eine notwendige Voraussetzung für die Abwehr eines neuen imperialistischen Krieges. Macht aber die Arbeiterschaft einen Krieg der Kapitalisten unmöglich, so stürzt sie damit zugleich den Kapitalismus. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen ist also eine Tat, an der ein jeder, der nicht wieder in einem imperialistischen Kriege sich für die Interessen seiner Ausbeuter abschlachten lassen will, tatkräftig mitarbeiten muß.

Die Völkischen wollen Betriebszellen schaffen

Unsere Erfahrungen sollen ihr Kompaß sein

Der Stern der Völkischen ist im Sinken begriffen. Jetzt, wo eigentlich ihre Zeit gekommen sein sollte, wo in London das Reich meistbietend verschachert wird, wo sie einen Höllenlärm gegen die Versklavung Deutschlands, gegen das „zweite Versailles" anstimmen müßten, jetzt sind sie mäuschenstill und kaum hört man etwas von ihnen. Dieses sonderbare Verhalten liegt darin begründet, daß die Schwerindustrie ihre bezahlten Kreaturen und Agenten — das sind die völkischen Führer meist — zurückgepfiffen hat. Ein Teil der Mannschaften rebelliert ob dieses nationalen Verrats — und deswegen ist die tiefe Krisis, die die völkische Bewegung augenblicklich durchlebt.

Die Massen laufen den völkischen Führern auseinander. Sie suchen deshalb mit allen Kräften ihre Anhänger an irgendeine neue Organisationsform zu binden, mit deren Hilfe sie diese in der Hand und aktionsbereit halten können. Es ist **typisch für den Scharfsinn der Schwerindustriellen — auf deren Anweisungen die völkischen Führer arbeiten —, daß sie als Muster der zu schaffenden Parteiorganisation diejenige Organisationsform festlegen, auf die wir mit aller Kraft lossteuern: die auf der Grundlage der Betriebszellen aufgebaute Partei.**

Im „Reichswart", dem Organ des völkischen Reichstagsabgeordneten Reventlow, schreibt ein Völkischer:

„Nach kommunistischem Eingeständnis hat der die Macht über Geist und Herz der Arbeiter, der die Macht im Betriebe hat. Dieser Erkenntnis entsprechend hat die kommunistische Propaganda ihr Hauptmerk auf die Durchdringung der Betriebe gerichtet. Das Instrument hierzu ist ihnen die Betriebsgruppe „die Betriebszelle". Diese Betriebszellen sind Gebilde, die unabhängig von der Partei und Gewerkschaften bestehen, aber durch Personalbindung dennoch im engsten Konnex mit der Partei arbeiten. Ihre Tätigkeit ist eine mannigfaltige. Sie bildet zuerst den Rahmen für die neugewonnenen Mitglieder, kontrolliert die Bewegungen der anderen politischen Richtungen im Betrieb, unterrichtet die Partei über jeden Propagandaversuch anderer Parteien usw. Am entscheidendsten tritt die **Zelle aber bei allen größeren Ereignissen in Erscheinung, wo sie** durch planmäßige, im Zusammenhang durchgeführte Arbeit oft trotz relativer Kleinheit bei energischer Haltung das Verhalten der ganzen Belegschaft beeinflußt. **Ihrer Tätigkeit insbesondere hat die KPD. ihren Wahlerfolg zu verdanken; denn im Betrieb bei acht- und mehrstündigem Zusammensein kann eine geschickte Kleinarbeit ganz ungewöhnliche Erfolge erreichen.** Besonders, wenn die leitenden Persönlichkeiten der Zellen von Charakter und Gesinnung einwandfreie Menschen sind."

Nachdem der Faszist den Sinn und Zweck der Betriebszellen nicht schlecht verstanden und erläutert hat, schreibt er weiter:

„Diese Beobachtung muß sich die Nationalsozialistische Freiheitspartei zum Kompaß für ihre nächste Arbeit den Betrieben gegenüber nehmen.

Aus den Ortsgruppen heraus sind alle diejenigen Parteigenossen namhaft zu machen, die in einem Großbetriebe beschäftigt sind. Diese sind durch eine von dem Landesverband zu ernennende Persönlichkeit zusammenzufassen. Aus ihnen heraus werden bei vorsichtigem Wägen die Zellenobleute gewählt. Die Zellenobleute schreiten in ihrem Betrieb sofort mit Unterstützung des Landesverbandsbeauftragten zur Zellenbildung. **Jede Zelle arbeitet nach den Bewegungsgesetzen, die die Eigenart des Betriebes mit sich bringt. Zuerst vorsichtig sammelnd, dann offen hervortretend.** Ist dieser Zustand des öffentlichen Arbeitens erreicht, hat die Zelle jede Woche eine Zellentagung, wozu das Betriebsratszimmer freizugeben ist. Hier werden vom Obmann der Zelle, der die Lage der Dinge im Betriebe bespricht, und von ihnen ausgehend, unsere sozialpolitischen Forderungen entwickelt.

Das bisherige Flugblattmaterial ist all zu stark für den Gebrauch in deutschnationalen Kreisen und politischen Indifferenten gegenüber hergerichtet. Es heißt nunmehr Stoff zu sammeln, der von unseren Betriebsobleuten in den marxistischen Hochburgen verbreitet werden kann, wobei das rein polemische hinter der sachlichen Kritik des Marxismus und Betonung unserer positiven Bestrebungen zurücktreten muß.

Die Zellenobleute selbst werden durch den Landesverbandsbeauftragten alle 14 Tage zur Instruktion zusammenberufen. Nachdem die Zellen arbeitsfähig sind, stehen sie auch finanziell durch einen besonderen Fonds auf eigenen Füßen. Die Zellen bereiten eventuell auch die Betriebswahlen als eigene Gebilde vor.

Was sollten wir ausliefern!

900 Kriegsverbrecher (die faszistischen Kriegsverbrecher von heute). Eher wollte sich jedoch Scheidemann „die Hand verdorren" lassen.

Dafür lieferten die Vertrauensmänner der SPD. in der preußischen Regierung, die Paul Hirsch und Südekum, an Wilhelm II., den feigen Ausreißer, aus:

Einundneunzig Paläste und Schlösser, unzählige Güter, Domänen und Fabriken (Cadinen) und 175 Goldmillionen in Aktien, sämtliche Kronjuwelen, Gold- und Silbergeschirr der Schlösser usw.

Zwei Fragen an die SPD.-Arbeiter

Wieviel Reparationskosten hätten davon bezahlt werden können?

Und wieviel Wohnungslose konnte man in den Schlössern und Villen unterbringen?

Die Zelle ist nicht gleichbedeutend mit einer Gewerkschaft. Sie **dient dem in der Partei enthaltenen umfassenden Gedanken,** da eine Gewerkschaft durch zahlreiche Tagesfragen, die sie zu lösen hat, doch begrenzter in ihrer Wirkung ist."

Da diese „Gliederung" (völkisches Wort für Organisation, d. Red.) nicht nur für Berlin, sondern auch für das übrige Reich in Frage kommt, schlägt der völkische Führer zum Schluß die Diskussion über folgendes vor:

„Die Bedeutung der Arbeitszellen liegt für die Nationalsozialistische Freiheitspartei in:

a) organisatorischer Hinsicht:
Wir schaffen Gruppen, die auch in Zeiten, wo die offiziellen Organe in ihrer Arbeit gelähmt sind, über einen organisatorischen Zusammenhang verfügen und bei einheitlicher Leitung weiter arbeiten können. (Selbst wenn diese Bedeutung zurzeit nicht in Erscheinung tritt, so gilt es doch, allen Möglichkeiten vorzubeugen.)

b) propagandistischer Hinsicht:
Werbung durch Kleinarbeit kann hier ganz andere Erfolge zeitigen, als große Versammlungen. Vor allem bei denen, die aus Feindschaft und eingeimpftem Mißtrauen unsere Versammlungen meiden. **Besonders aber rücken wir hier dem Kommunismus, der hierher zu uns kam und seine Leute immer parolebenebelt in der Hand hatte, auf den Leib. Er kann von hier aus ins Mark getroffen werden."**

Da überall in den Betrieben die Völkischen die rückhaltlose Unterstützung der Unternehmer finden, ist die Kenntnis dieser Pläne der konterrevolutionären Sturmtrupps **ein Grund mehr für alle Kommunisten, eine gute, aktionsfähige, illegal arbeitende Parteizelle im Betrieb zu schaffen.** Wenn wir in den Betrieben den Einfluß besitzen, das Ruder in den Händen haben, dann nutzt den Faszisten der uns gestohlene „Kompaß" nichts.

Lehrlingsausbeutung im Malergewerbe

Eine Lehrlingsausbeuterei scheint beim Malermeister Paul Biesecker, Magdeburger Straße 5, und Kurt Biesecker, Pfännerhöhe 13, zu herrschen. Beschäftigt sind bei diesen Meistern durchschnittlich fünf gelernte Maler, daneben acht bis zehn Lehrlinge. Ob die Meister auch den Auftraggebern Lehrlingslöhne in Rechnung stellen? Die Lehrlinge selber erhalten nur eine ganz geringe Entschädigung In der letzten Zeit sind ein Teil Gehilfen entlassen worden, so daß jetzt hauptsächlich mit Lehrlingen gearbeitet wird. Die Arbeitszeit beträgt täglich zehn bis zwölf Stunden, trotzdem es noch genügend arbeitslose Gehilfen gibt. Herr Kurt Biesecker beliebt sich gegenüber den Gehilfen Ausdrücke zu benutzen, wie Halbjude usw. Ob Herr Biesecker es auch ablehnt, von jüdischen Bürgern Aufträge entgegenzunehmen? Die Kollegen sehen aus Vorstehendem, wie die Unternehmer mit den Kollegen **glauben umspringen zu können. Es ist höchste Zeit, daß sich die Berufskollegen wieder restlos organsieren,** um den Unternehmern ein Halt entgegen rufen zu können. Alle diejenigen Kollegen, die Interesse daran haben, diese Zustände zu beseitigen, sind zu einer Besprechung am 5. August, abends 7 Uhr, nach der „Goldenen Kette" eingeladen. Besonders sind die Kollegen der obengenannten Firmen eingeladen, auch diejenigen, die bereits entlassen sind.

„Betriebswagenwerk Diemitz"

Feine Betriebsräte haben wir in unserem Betrieb. Da ist besonders der Betriebsratsvorsitzende Erich Müller. So lange ein strammer KPD.-Mann, bis er von der Belegschaft zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden ist. Doch kaum war er gewählt, da fühlte er sich seines Postens „würdig". Eine Demonstration der Partei nahm er als Vorwand zum Austritt aus der Partei. Einmal vom Wege abgewichen, kommt man sehr bald auf die schiefe Bahn. Obgleich er in der Belegschaftsversammlung erklärte, daß er politisch neutral bleiben wolle, also ohne politisches Interesse durch die Weltgeschichte wandern will, versuchte er den „Klassenkampf"-Lesern das Lesen ihrer Zeitung zu verleiden. Jetzt ist er glücklich beim Pleitegeier „Schwarz-Rot-Mostrich" angelangt, für den er lebhaft Propaganda macht. Nur hat er damit kein großes Glück, überall wird er mit seinen würdigen Kumpanen, wenn er an die einzelnen Arbeitskollegen herantritt, ausgelacht. Zu seinen treuesten Stützen im „Holzhelm" gehören Leute mit einer Vergangenheit, die den Farben des „Holzhelms" entsprechen. Erst waren sie gelb, dann waren sie rot, dann waren sie mal schwarz und jetzt haben sie diese drei Farben zusammengemischt, da kommt eben die Farbe des „Holzhelms" heraus. Von jedem also etwas und das nennt sich dann Sozialdemokrat.

Wie weit die Erziehung der Mitglieder der Sozialdemokratie fortgeschritten ist, das zeigt als lebendiges Beispiel der Schmied Beier. Als anläßlich der Aufdeckung des Polizeisumpfes in Hannover, in dem sein Parteigenosse Gustav Noske mit sadistischer Wollust herumzuwaten scheint, die Frage auftauchte, warum wohl über das Verschwinden so vieler junger Leute nichts geschrieben würde, äußerte er sich: **„Die umgebrachten Menschen sind doch nur alles Kommunisten, was soll darüber viel geschrieben werden."** Ein wirklich feines Produkt sozialdemokratischer Erziehungsmethoden. Severing, Noske, Hörsing machen Schule.

Das sind so die Helden vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold. Kommunisten sind eben die Klassenfeinde dieser Sorte Menschen. Da es aber nur zwei Klassen gibt, so haben sich diese Leute offen auf die Seite der Ausbeuterklasse gestellt. Es ist wieder einmal bewiesen, daß „Schwarz-Rot-Gold" eine Schutztruppe des Kapitals ist.

Der „billige Fritze" in Bitterfeld

In Bitterfeld hat der Unternehmer Dammbier, bekannt unter dem Namen, „der billige Fritze", seit kurzer Zeit am alten Schloß Arbeiten auszuführen. Beschäftigt werden dort ein Polier, zwei Lehrlinge und ein Arbeiter. Die gesetzliche Arbeitszeit beträgt nach Angabe dieses Herrn täglich neun Stunden, der Polier Kaßler ist tonangebend, wer sich weigert, neun Stunden täglich zu arbeiten, dem droht dieser Herr mit Entlassung. Als der Unternehmer dieses Ansinnen an die Lehrlinge und den Arbeiter stellte, legte ihm der Arbeiter die Frage vor, ob er wisse, wieviel Stunden die gesetzliche Arbeitszeit betrage. Da antwortete er: neun Stunden. Dieser Herr ist deshalb in der Lage, die Aufträge so billig ausführen zu können, weil er die gesetzliche Arbeitszeit selbständig auf neun Stunden festsetzt, dadurch spart er den Ueberstundenzuschlag. Auch weiß dieser Herr niemals den jeweilig geltenden Tariflohn. Arbeiter, die ihm als organisiert bekannt sind, stellt er nicht ein, trotzdem er Arbeit hat. Er versucht hauptsächlich jüngere Kräfte zu beschäftigen, da er glaubt, dieselben besser ausnutzen zu können. Aeußerte er sich doch, als ältere Maurer bei ihm wegen Arbeit vorgesprochen hatten, zu seinem tüchtigen Polier: **„Diese Leute könnte ich gerade noch gebrauchen, die verhetzen mir den ganzen Betrieb."** An den jüngeren Kollegen liegt es, daß diese Zustände bei dem „billigen Fritzen" so schnell wie möglich beseitigt werden. Hinein in die gewerkschaftliche und politische Organisation, denn einzeln sind wir nichts, nur durch ein geschlossenes Ganzes sind wir in der Lage, dem Unternehmertum ein „bis hierher und nicht weiter" entgegenzurufen.

Ein feiner Portierposten für Kriegsbeschädigte

Am 17. Juni wurde ich von der Schwerbeschädigtenfürsorge Merseburg an die Firma Hoppe & Röhming in Ammendorf als Portier hingeschickt. Doch erst am 28. Juli wurde ich eingestellt, von Portierarbeit aber keine Spur. Ich sollte jeden Mittag nach Halle fahren und das Mittagessen für den Herrn Röhming holen. Zu diesem Zwecke wurde mir von einem Meister eine schon gelochte Wochenkarte in die Hand gedrückt. Als ich in Halle in die Privatwohnung kam, **mußte ich den Köter der gnädigen Frau spazieren führen, zum Fleischer gehen und Fleisch bestellen.** Mir wurde eine direkt „fürstliche" Wohnung angeboten. Nur war sie schon fast fensterlos und ist in der Teerfabrik eingebaut. Auf meine Frage nach einem Keller, antwortete mir der Prokurist Kretzschmar: „Andere Leute wären froh, wenn sie Stube, Kammer und Küche hätten." Fünf Meter von der Brandmauer meiner Wohnung entfernt stehen die eingemauerten Teerkessel. Als ich erklärte, daß sich meine Frau weigert, in die Wohnung einzuziehen, gab er mir zur Antwort: „Dann könnte er mich auch nicht behalten." Als ich am Mittwoch um ½5 Herrn Röhming fragte, wo ich mich als „Pförtner" hinsetzen und mein Brot essen soll, da keine Bude vorhanden ist und ich doch nicht von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends stehen kann, erklärte der Herr, ich könnte gehen und brauchte nicht erst bis 5 Uhr zu warten. **Meine Entlassung erfolgte aber nur, weil ich den Sowjetstern angesteckt hatte.** Die Leitung dieser Firma wird sich an den Anblick des Sowjetsternes schon noch gewöhnen müssen. Wenn die Arbeiter die Macht in den Händen haben, dann wird auch über den Teerkesseln der Firma Hoppe & Röhming der Sowjetstern stehen und die Herren werden dann vielleicht selbst in der fensterlosen Wohnung neben den Teerkesseln wohnen müssen.

> **„Eure Exellenz danken wir für die Uebermittlung des Schreibens des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Mit dem leitenden Gedanken erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden."**
>
> **Aus einem Brief der Generalkommission an den Generalleutnant Gröner im Juli 1917.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101924O804-16/fragment/page=0007

Gewerkschaftsbewegung

Proletarier, reißt den Demagogen die Maske herunter!

Die Amsterdamer als Kriegsheher und als Pazifisten

Die „Metallarbeiter-Zeitung" Nr. 45 vom November 1914:

Der Krieg und die sozialen Aufgaben.

„Eine neue Zeit ist angebrochen, andere Menschen hat der Krieg in kurzer Zeit aus uns allen gemacht. Das gilt unterschiedslos für hoch und niedrig, für arm und reich, für Privatpersonen und Staatsdiener. Solidarität und Hilfeleistung aus unverschuldeter Not, die wir den Arbeitern als unvergängliche Richtschnur eingeimpft und von den Reichen so oft vergeblich gefordert haben, ist über Nacht Gemeingut eines großen, leistungsfähigen Volkes geworden. Sozialismus, wohin wir blicken."

„Vereinsanzeiger" (Organ der Maler und Lackierer Nr. 46, vom November 1914):

Der Krieg als Erzieher.

„Unverkennbar ist der moralische Einfluß, den ein Volkskrieg auf die nicht direkt am Kampfe Beteiligten ausübt. Er schweißt die zusammen zu einer Volksgemeinschaft, in der die bisherigen Gegensätze wirtschaftlicher, sozialer und sozialgeistiger Art zeitweilig zurücktreten und er drängt ihnen die Erkenntnis auf, daß es über all dem Parteistreit und Gezänk der Meinungen doch etwas Höheres gibt, daß allen gemeinsam ist. Wie das Wehen einer neuen Zeit, so geht ein Geist der gegenseitigen Hilfsbereitschaft durch die Menschenherzen."

Die „Metallarbeiter-Zeitung" vom 26. Januar 1924 (in dem Glauben, daß die Proleten schon vergessen hätten, was **dieselbe** „Metallarbeiter-Zeitung" 1914 geschrieben hat):

„Es ist stets und ständig ‚purer Patriotismus' gewesen, der unsere hochede Ausbeutersippe bewegte. Wer ja daran zweifeln sollte, der lese nur die kapitalistische Presse, sagen wir, von den Augusttagen 1914. . . . Damals wie heute nichts als patriotische Uneigennützigkeit und Vaterlandsliebe. Einen lehrreicheren Lesestoff gibt es überhaupt nicht, als die kapitalistischen Zeitungen von den genannten Zeitabschnitten, besonders nicht für den Arbeiter, der noch fest von der ehernen Wahrheit überzeugt ist, daß es in der Welt nur zwei Nationen gibt, nämlich die Nation der Armen und die der Reichen, die Nation der Ausgebeuteten und die der Ausbeuter. Damals, 1914, sprachen die kapitalistischen Mundstücke (!) von nichts als von der Sicherung des heimischen Herdes, von der Interessengemeinschaft aller Klassen, von dem anerkennenswerten Opfermut der Arbeiter."

Arbeiter! Ist die Bezeichnung „kapitalistische Mundstücke", die die „Metallarbeiter-Zeitung" 1924 gebrauchte, nicht wie geschaffen für die „Metallarbeiter-Zeitung", den „Vereinsanzeiger" und alle übrigen Amsterdamer Blätter von 1914? Heute brüllen sie: „Nie wieder Krieg", doch es sitzen dieselben Burschen wie 1914 an der Spitze der Gewerkschaften und Redaktionen. Und sie werden bei einem neuen Krieg genau wieder so schuftig wie damals handeln.

Die Versprechungen der Gewerkschaften

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale tut sich heute viel auf ihre Beschlüsse zugute, einen eventuellen neuen Krieg durch Generalstreik zu verhindern. Wie wenig Versprechungen bedeuten, zeigt ein Rückblick auf das Verhalten der Gewerkschaftsinternationale in den Julitagen 1914. Auch damals beteuerten die Gewerkschaftsvertretungen aller Länder, daß sie ihre volle Pflicht tun würden, um den Krieg zu verhindern. So telegraphierte **Rigola** am 31. Juli 1914 aus Mailand:

„Das italienische Proletariat wendet sich einmütig gegen die Gefahr eines europäischen Zusammenstoßes. . . . Es wird seine volle Pflicht tun, einen Krieg zu verhindern."

Der französische Gewerkschaftsführer **Jouhaux**, einer der größten Sozialimperialisten, depeschierte am gleichen Tag: aus Paris:

„Der französische Generalverband der Arbeit wendet sich entschieden gegen einen Krieg und fordert das internationale Proletariat auf, einen Druck auf seine Regierungen auszuführen, um eine Lokalisation des Konflikts durchzusetzen. . . . Der Friede liegt in den Händen der internationalen Arbeiterklasse, wenn sie der Größe der Gefahr gewachsen ist."

In Belgien telegraphierten **Corn**, Mertens aus Brüssel einen Beschluß des Kongresses der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei und der unabhängigen Gewerkschaften, worin es heißt:

„Tief ergriffen von der Nachricht, daß neue Metzeleien durch den serbisch-österreichischen Krieg entfesselt werden, Metzeleien, die das Einschreitzn der anderen Mächte und damit einen allgemeinen Zusammenstoß zur Folge haben, versichert der Gewerkschaftskongreß seinen unerschütterlichen Widerstand gegen den Krieg."

Von London aus telegraphierte Appleton am 31. Juli:

„Jedenfalls werden wir alles tun, um alle Bemühungen der deutschen Genossen auf Erhaltung des Friedens zu unterstützen."

Die niederländische Gewerkschaftszentrale ließ durch Oudegoest aus Amsterdam melden:

„Sie ist überzeugt, daß der Krieg zwischen den Großmächten einzig und allein der Gewaltpolitik der Kapitalisten dient, den Interessen der Arbeiter aber schaden, ihr Leben und Eigentum vernichten und die Kultur töten muß."

Compers telegraphierte aus Washington:

„Fluch allen Kriegen! Verdammung auch dem österreichisch-serbischen Krieg! Recht und gut jedes ehrenhafte Bemühen, ihn zu beenden!"

Und das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schrieb in einem Artikel am 1. August:

„Mit der ganzen Schwere trifft der Schrecken des Krieges die Arbeiterklasse; sie vor allem wird den harten Druck empfinden. Wir bedauern die Toren, die sich von den nationalen Phantastereien fortreißen lassen. In der Arbeiterschaft sollte dafür kein Raum sein, denn sie wird den Leidenskelch bis zur Neige leeren müssen."

Manche Sätze klingen zwar schon etwas zweideutig. Die Worte klangen kräftiger und eindeutiger acht Tage vor dem 31. Juli. Es kann daher nicht wundernehmen, daß die Amsterdamer heute, wo der Krieg noch nicht unmittelbar droht, ähnlich wie im Sommer 1914 das Maul recht voll nehmen. Die Gewerkschaftsmitglieder werden aber auf Grund der Erfahrungen von 1914 bis 1918 die Versprechungen der Amsterdamer richtig einzuschätzen wissen und selbst dafür sorgen müssen, daß die Versprechungen eindeutiger werden und daß ihnen auch wirkliche Taten folgen.

Freier Holzarbeiterverband oder — Was heißt mich da?

In Halle wurde die oppositionelle Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes durch den Hauptvorstand ausgeschlossen, weil diese nicht gewillt war, sich schützend vor die Interessen des Kapitals zu stellen und geduldig abzuwarten, was das Unternehmertum freiwillig den Arbeitern hinwirft. Obwohl der weitaus größte Teil der Opposition die Lage richtig erkannte und den Weg der Propaganda beschritt, daß alle Kollegen der Opposition im Holzarbeiterverband zu verbleiben haben, bzw. wieder zum Verband zurückzukehren haben, bildete sich innerhalb der Opposition eine Gruppe, die sagen „frei" sein wollte. Frei von jeder Parteizugehörigkeit, frei auch von jeglichem Einfluß irgendeiner anderen Meinung. Frei wollten sie auch sein von jedem Kampf gegen die Reformisten und frei auch von dem Kampf gegen das Kapital. Denn sie sagten sich von selbst, daß sie nicht die Möglicheit haben werden, gegen das Unternehmertum zu kämpfen. Und wenn man keine Möglichkeit zu kämpfen sieht, entfällt zugleich auch die Notwendigkeit zur Propagierung des Kampfwillens. So hatte sich ein Teil von Holzarbeitern einen geistigen Boden geschaffen, auf dem es sich geistig so frei leben läßt, wie in dem Verein eines bürgerlichen Kegel- oder Pfeifenklubs. Alle Eigenschaften dieser geistigen „Freiheit" muß natürlich der erste Vorsitzende eines solchen „Klubs der Harmlosen" in sich verkörpern. Um nach dieser Richtung hin ganz rein dastehen zu können, stellte der Holzarbeiter **Laberenz** die Beitragszahlung an die KPD. ein. So gingen diese „ganz Freien" nun daran, einen „freien Holzarbeiterverband" zu gründen. Ganze 41 Mann waren zu der Gründungsversammlung erschienen. Von diesen 41 Mann meldeten sich an dem Abend 15 Mann zu der „Massenorganisation" an. Das war am 4. Juli. Bis heute soll dieser „Klub" auf 40 Mann angewachsen sein. Der Inhalt der „Organisation" läßt sich kurz in die Worte kleiden: „Jeder kann machen, was er will." Daß dieser Satz richtig ist, dafür legte der Vorstand dieses „freien" Verbandes selber Zeugnis ab. Am 14. Juli waren die kommunistischen Vorstandsmitglieder des Verbandes auf Ladung der Zentrale der KPD. bei dieser erschienen. Auch der Vorsitzende Laberenz nahm daran teil und ermöglichte dies dadurch, daß er einige Tage vor Stattfinden der Sitzung sich seiner früheren Zugehörigkeit zur KPD. erinnerte und nun kam, um sein Parteibuch wiederzuholen. Alle kommunistischen Mitglieder des Vorstandes gaben der Zentrale folgende schriftliche Erklärung ab:

„Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie sich verpflichten, die von der Partei eingeschlagene Linie in der Gewerkschaftsfrage durchzuführen. Sie verpflichten sich weiter, in der nächsten Mitgliederversammlung der neugegründeten Organisation dafür ein-

zutreten, daß die Gründung rückgängig gemacht wird. Den Mitgliedern der Organisation wird empfohlen, wieder in den Holzarbeiterverband zurückzukehren. Die Unterzeichneten lehnen es auf alle Fälle ab, sich an die Spitze der Organisation zu stellen und werden sich wieder, soweit sie dazu in der Lage sind, der freien Gewerkschaft anschließen. Die ausgeschlossenen Kollegen werden in enger Verbindung mit der Fraktion im Holzarbeiterverband im Sinne der Partei die eingeschlagene Linie in der Gewerkschaft durchführen."

Laberenz nun, der als Vorsitzender seinen Mitgliedern vorleben soll, wie es in der neuen „freien" gehandhabt werden soll, redete in der Mitgliederversammlung zwar anfänglich auch davon, daß die Organisation aufgelöst werden solle, erklärte aber gleich hinterher, entgegen seiner der Zentrale abgegebenen Erklärung, daß er der Vorsitzende bleiben wolle. Genau so handelte auch der Holzarbeiter **Punge**. So haben also diese Leute dem Namen ihrer Organisation alle Ehre gemacht und sie schon bei der Geburt zum „Klub der Disziplinlosen" gestempelt.

Die Kommunistische Partei hat mit diesem Klub nichts gemein. Sie verurteilt jede derartige Spielerei, die in ihrer Wirkung nur dem gleich sein kann, wenn ein blöder Spießer sich aus Verzweiflung oder Verärgerung das Saufen angewöhnt. Ein Kommunist aber weiß, daß ihn nicht Verzweiflung oder Verärgerung retten kann, sondern nur der unausgesetzte Kampf um die Eroberung der Macht auch in den Gewerkschaften. Warum kann heute noch eine Handvoll engstirniger reformistischer Gewerkschaftsangestellten die Masse scheinbar beherrschen? Nur weil die Masse sich nicht klar darüber ist, daß nur ihr Wille durchgeführt werden darf, sind die Reformisten in den Orkus verschwinden, wenn jeder in den Gewerkschaften seine Pflicht erfüllt. Deshalb kann unsere Parole nur sein: **Hinein in die Gewerkschaften und Kampf jedem Gewerkschaftsführer, der sich als Beschützer des Kapitals erweist.**

Zur Lage der Hausangestellten in Halle

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hallischen Hausangestellten (des Dienstpersonals aller Art in den Privathaushalten) sind in der gegenwärtigen Zeit mit wenigen Ausnahmen noch die denkbar traurigsten. Von der Errungenschaft des Achtstundentages haben die Hausangestellten durchgehend fast überhaupt nichts empfunden. Nach wie vor sind sie zum übergroßen Teil die Parias ihrer sogenannten Herrschaften geblieben. Früh die ersten, spät abends die letzten im Hause, so geht es mitunter, ohne die geringsten regelmäßigen Pausen, Tag für Tag, ganz gleich, ob Werk-, Sonn- oder Festtag. Eine tägliche Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden ist keine Seltenheit. Zu jeder Stunde muß der oder die Hausangestellte auf dem Sprunge sein, um der sehr oft recht „gnädigen Frau", dem „Hausherrn", den etwaigen Herrschaftskindern usw. dienstbar zu sein. In bezug auf Lohn stellen die Hausangestellten die wohl schlechtest bezahlten Arbeitnehmer dar. Irgendwelche tarifliche Abmachungen über Löhne, Arbeitszeit usw. bestehen hier in Halle überhaupt nicht. Nur das städtische Arbeitsamt, bzw. der daselbst auch nur in der Luft hängende Fachausschuß für das Dienstpersonal, hat in den letzten Jahren Löhne formuliert, die aber von den „Dienstherrschaften" in den allerseltensten Fällen respektiert wurden, trotzdem sie so gesetzt waren, daß es einem oder einer Hausangestellten ein Ding der Unmöglichkeit blieb, damit auch nur im geringsten existieren zu können. Die Beköstigung der Dienstboten in bezug auf Essen und Trinken wird von den Herrschaften im Preise recht hoch kalkuliert, ist aber in den meisten Fällen recht minderwertig. Auch die Behandlung des Dienstpersonals läßt in recht vielen Fällen viel, sehr viel zu wünschen übrig. Freizeiten gibt es wohl, aber recht unregelmäßige und ungenügende.

Dies alles und noch mehr Mißstände zusammengenommen, läßt, wie schon gesagt, die Hausangestellten, auch in der heutigen Zeit, noch als die unfreiesten und ausgebeutetsten Proletarier in Erscheinung treten. Leider haben diese Gedrückten bisher mit wenigen Ausnahmen von ihrem Recht des Inverbindungtretens wenig Gebrauch gemacht; aber überall da, wo dies geschah, da ist es ihnen zum Teil gelungen, etwas bessere Lebensbedingungen zu erzielen.

Vor allem ist es der seit mehr als zehn Jahren bestehende **Zentralverband der Hausangestellten** gewesen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das gesamte männliche und weibliche Hauspersonal zu vereinigen. In einer Reihe von Großstädten ist ihm dieses auch gelungen. Hier in Halle wurde während und nach dem Kriege der Versuch ebenfalls unternommen, stieß aber immer auf Schwierigkeiten, die es auch heute noch zu überwinden gibt. Seit mehr als Jahresfrist hat sich nun genannter Zentralverband als Reichsabteilung dem Deutschen Verkehrsbund angeschlossen und hat es unter dessen Leitung im Reiche weiter vorwärts gebracht. In nächster Zeit soll deshlab auch hier in Halle wieder eine lebhafte Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder unter dem Hauspersonal einsetzen.

Oeffentliche Versammlungen sollen die Einleitung dazu geben. In diesen soll die ganze prekäre Lage der Dienstboten aufgerollt und auch über die Reichstagsvorlage, betreffend

das neue Hausangestelltengesetz

eingehend geredet werden. An den in Frage kommenden Angestellten wird es dann liegen, den noch herauskommenden Einladungen zahlreich Folge zu leisten, um gemeinsam Einfluß zu gewinnen, auf alles, was sie bedrückt. Um besseren Erfolg in der Sache zu erzielen, erwartet der Deutsche Verkehrsbund, Verwaltung Halle, daß alle Arbeiterkreise, soweit sie mit Dienstboten in engerer Beziehung stehen oder mit solchen Fühlung haben, auf dieselben einwirken, damit diese die Veranstaltungen besuchen oder sich schon vorher ihrer wirtschaftlichen Organisation mit anschließen. Im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes, Dryandersstraße 10 I, werden Aufnahmen in den Zentralverband der Hausangestellten täglich entgegengenommen und über alle inneren Interessenfragen Auskunft erteilt.

Den Hausangestellten aber sei zugerufen:

Macht auf und begreift, daß auch bei Euch die Stärke nur in der Einigkeit und Geschlossenheit liegt!

Laßt Euch nicht einkapseln in sogenannte Dienstbotenvereine, die unter den Protektoraten von Pastoren und fromm sein wollenden Hausdamen stehen, sondern wählt Euch eine freie gewerkschaftliche Organisation, wie es der Zentralverband der Hausangestellten im Deutschen Verkehrsbund ist, mit dessen Hilfe Ihr Euch ein menschenwürdiges Dasein verschaffen könnt.

Die Verbindlichkeit des Schiedsspruches für das Handels- und Transportgewerbe ebenfalls abgelehnt

Der nach monatelangem Hin- und Herverhandeln durch den Deutschen Verkehrsbund, Verwaltungsstelle Halle, für die Arbeitnehmer des Handels- und Transportgewerbes von Halle und Umgegend nebst Merseburg herbeigeführte Schiedsspruch des hiesigen Schlichtungsausschusses, der eine Erhöhung der seit dem 12. April d. J. geltenden Tariflohnsätze um leider nur 5 Prozent ab 5. Juli d. J. vorsah, wurde bekanntlich von der Arbeitnehmerseite angenommen, von der **Arbeitgeberseite abgelehnt**. Die Leitung des Deutschen Verkehrsbundes hatte daraufhin die Verbindlichkeitserklärung des Spruches beim Schlichter in Magdeburg beantragt. Wer nun geglaubt hatte, daß der nur ½ bis 2 Pf. Mehrstundenlohn bringende Spruch infolge seiner Geringfügigkeit ohne weiteres von dem Schlichter anerkannt werden würde, der hatte sich sehr geirrt. Die Entscheidung lautet, auf **Ablehnung des Schiedsspruches**. Interessant war bei der Schlichterverhandlung, daß Dr. Hirschfeld allen Befürwortungen des Spruches durch die Vertreter der Arbeitnehmer gegenüber immer nur zum Ausdruck brachte, daß er nicht imstande sei, die Verbindlichkeit ohne weiteres auszusprechen, **da auf höhere Anweisung alle in der letzten Zeit hier und dort von den Schlichtungsstellen herausgekommenen Schiedssprüche in bezug auf irgendwelche Lohnerhöhung abgelehnt worden wären und dies notwendig sei in Anbetracht der mißlichen wirtschaftlichen Lage des Reiches und der Arbeitgeber.** Daß die Vertreter der Arbeitgeber bei der Verhandlung alles aufboten, um die Verbindlichkeitserklärung illusorisch zu machen, versteht sich bei ihrer Einstellung am Rande. Nicht nur, daß sie über schlechten Geschäftsgang klagten, nein, sie gingen sogar soweit und erklärten, daß ihre Arbeitnehmer sehr zufrieden mit den gegenwärtigen Löhnen sein könnten und daß es ganz unverständlich sei, daß überhaupt Lohnerhöhung gefordert würde. Direktor **Husemeyer** von der Firma **Vester** gab noch zum Besten, daß seine 40 Arbeiter jetzt bei zehnstündiger Arbeitszeit pro Woche 29 Mk. verdienten, damit besser als in der Vorkriegszeit gestellt seien und ihm ihre Zufriedenheit darüber ausgedrückt hätten. Der Herr Direktor sagte aber nicht, daß „seine" Arbeiter z. T. bedeutend länger als zehn Stunden pro Tag schuften und sich bewußt oder unbewußt von ihm übers Ohr hauen lassen. Leider, es muß gesagt werden, kann die Firma Vester sich dies auch bieten, denn der größte Teil ihrer Arbeiter hat das Klassenbewußtsein und das Solidaritätsgefühl beiseite geschoben und ist, wie auch in einigen anderen Betrieben, indifferent geworden.

Die Ablehnung des Schiedsspruchs selbst und das Gebaren der Arbeitgeber müßte aber nicht nur die Berufsangehörigen bei der Firma Vester, sondern auch alle anderen, die in gleicher Weise handeln und sich selbst betrügen, stutzig machen und zu einer anderen Handlungsweise als bisher zwingen. Sie müßten bedenken, daß sie bei ihrem bisherigen Verhalten nicht nur sich selbst, sondern auch die übrigen noch fest zusammenstehenden Berufsangehörigen mit schädigen. Diese letzteren können sich dies aber **nicht** für die Dauer gefallen lassen, **sondern werden den ihnen von Arbeitgeberseite nunmehr hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen, ganz gleich, ob ihnen ein Teil verblendeter Kollegen und Kolleginnen entgegensteht.** Deshalb werden alle jetzt noch oder jetzt **wieder** unorganisierten Berufsangehörigen in letzter Stunde erscheint, sich zu besinnen und die Kampfreihen ihrer Kollegen und Kolleginnen mit zu füllen.

Noch einmal wird und muß der Versuch unternommen werden, den Starrsinn der Arbeitgeber im Handels- und Transportgewerbe zu brechen. **Gelingt dieses nicht, dann mag das letzte Mittel, der Kampf, entscheiden.**

Die Ausschlußkampagne im DMV. wird fortgesetzt

Die Ausschlüsse von Kommunisten aus dem DMV. nehmen kein Ende. In Döbeln, wo eine kommunistische Ortsverwaltung bestand und die SPD.-Angestellten sich weigerten, die Beschlüsse der Ortsverwaltung durchzuführen, ist es seit langem zu Differenzen gekommen. Anstatt, daß nun der Verband gegen die rebellierenden SPD.-Angestellten vorgeht und diese zum wenigsten anweist, die Beschlüsse der Ortsverwaltung durchzuführen, schmeißt der Vorstand einfach vier unserer Genossen, die Mitglieder der Ortsverwaltung waren, aus dem Verbande heraus.

Auch in Bochum haben die Verbandsbureaukraten zwei KPD.-Genossen aus dem Verbande unter den nichtigsten Vorwänden ausgeschlossen.

Der Vorstand konstruiert aus der Handlungsweise des Genossen, weil es sich um eine Versammlung der KPD.-Metallarbeiter handelt, einen groben Vertrauensbruch und erklärt ihn für unwürdig, weiter der Organisation anzugehören. Der Genosse Weidemann wird rausgeschmissen, weil er seinen Namen unter dieses Schreiben gesetzt hat. Wenn es die SPD. wäre, lägen die Dinge ganz anders.

Aus diesen Vorgehen der Verbandsbureaukraten mögen die Arbeiter die Erbärmlichkeit des Vorstandes des DMV. erkennen.

In Döbeln haben die Genossen beschlossen, mit noch verstärkterer Kraft innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten. Dasselbe wird auch in Bochum geschehen, da die Kommunisten keine Veranlassung haben, sich durch das provokatorische Verhalten der Dismänner in ihrer Arbeit beirren zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240804-16/fragment/page=0008